

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Gescheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Anzeigenpreis die 6 gespalt. Colonnenzeile für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Sektelstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Freiheit.

„Der Weisheit mußt du dienen, um zur wahren Freiheit zu gelangen.“ (Seneca.)

Das Wort „Freiheit“ hat seit Bestand der Menschheit einen herausragenden Klang für jedes irdische Ohr. Wie ein Abelsbrief ist sie dem Menschen von Gott mitgegeben, der den Erdensohn aus dem Naturzwange heraus und zum Ebenbilde des Göttlichen erhebt. Aber von Anbeginn hat der Mensch diesen Brief nicht zu denken verstanden. Mit trunkenen, erdwärts gerichteten Blicken entstellte er den Sinn dieses göttlichen Wortes in seiner Seele. Und so ergoß sich im Namen der Freiheit alle Sünde und aller Frevel über die verblendete Menschheit. In ihrem Namen erhob sich der erste Mensch gegen seinen Schöpfer; unter dem Banner der Freiheit wurde die Erde mit Blut getränkt in schändlichen Bürgerkriegen; im Namen der Freiheit strömten ungezählte Tränen verräterischer Freunde und betrogener Frauen.

Das göttliche Wort der Freiheit muß mit tiefer Weisheit gelesen und erfaßt werden, Freiheit bedeutet nicht Zügellosigkeit, nicht Willkür, Freiheit heißt nicht Auflösung der Weltordnung, heißt nicht Gesetzlosigkeit. Freiheit ist die Erkenntnis der großen Zusammenhänge, die Einsicht in die Notwendigkeit der Welt- und Menschengesetze und die freiwillige Einordnung in den von Gott geschaffenen Organismus des Universums, dessen edelstes organisches Gebilde die Menschheit mit ihren sittlichen Gesetzen ist. Freiheit ist die Einsicht in die höchsten Ziele der Menschenseele, und das Freisein von allen Schranken, die auf diesem Wege zur ewigen Vollendung hemmen könnten.

Wer in wahrer Weisheit seine eigentliche Aufgabe vor der Erde erfaßt und sie verwirklichen will, muß sich freihalten von allem Vorurteilen und von jeder Rücksichtnahme auf die blinde Menge der unfreien und unselbständigen Mitmenschen, muß frei sein von aller eigenen verblendeten Begierlichkeit und den Banden triebhafter Sinnlichkeit. — Willst du also frei sein, so sei weise: denke richtig den tiefsten Sinn deines Lebens an und ringe alles nieder, was dir den Weg zu deinen höchsten Gütern streitig machen will.

Zur Naturgeschichte der Gelben.

Von einem bekannten gutmütigen Grantier behauptet ein deutsches Sprichwort, es gehe aufs Eis tanzen und breche sich im Uebermut ein Bein. Befagte Dummheit kommt aber auch bei Leuten vor, die u. E. weniger Anlaß zu Uebermut hätten. So ist es z. B. eine bedauerliche Tatsache, daß heute noch weite Kreise unserer deutschen Arbeitererschaft in dem Wahne, dadurch ihre düstige wirtschaftliche Lage heben zu können, dem sozialdemokratischen Radikalismus blinde Herdesfolge leisten. An dieser Stelle ist schon wiederholt nachgewiesen worden, welche unermessliche Nachteile daraus der deutschen Arbeiterschaft schon erwachsen sind und fortwährend noch erwachsen. Die „Alles- oder Nichts-Politik“ der Sozialdemokratie, die Verquickung Klassenkämpferischer und revolutionärer Bestrebungen mit den praktisch-realisierbaren Forderungen wirtschaftlicher Art boten dem Scharfmachtum noch stets die willkommenen Gelegenheiten, alle Arbeiterforderungen zu bekämpfen und sich daneben noch als Staatsretter aufzuspielen.

Der sozialdemokratische Radikalismus hat aber noch eine weitere bedauerliche Erscheinung für die Arbeiterbewegung zur Folge. Wer zählt die Scharen derjenigen, die die sozialdemokratische Phrase ein für alle Mal angenommen, die sich von sozialdemokratischen Draufgängern von Niederlage zu Niederlage führen ließen und nun an der ganzen Gewerkschaftsbewegung irre geworden sind! — Und, wie ein richtiger Esel zweimal aufs Eis geht, so hüpfen „richtiggehende“ enttäuschte Radikalisten aus dem roten Sumpf in den gelben. An sehr vielen Orten ist denn auch die gelbe Bewegung als direkte Folge aus sozialistischen Aktionen hervorgegangen. Im Jahre 1905 inszenierten die sozialdemokratischen Gewerkschaften den großen Kampf in der bayerischen Metallindustrie. Als sichtbarer „Erfolg“ blieb die gelbe Werkvereinsbewegung in Augsburg zurück, die sich nachher auf andere Industriestädte Bayerns ausdehnte. Noch drastischer zeigte sich die gleiche Entwicklung in Berlin, wo die gelbe Bewegung als eine natürliche Reaktion gegen die Fehler und Auswüchse der sozialdemokratischen Taktik zu betrachten ist. Fortwährende Neze und Benennung, unüberlegte Streiks mit einer Niederlage nach der andern, Märschierungssinn und andere Vorgänge konnten nur Organisationsmüdigkeit und Ueberdruß erzeugen und den gelben Boden bereiten. Daß weiß man auch im sozialdemokratischen Lager. Im Jahre 1907 gab der Vorstand des sozial-

demokratischen Metallarbeiterverbandes eine Broschüre heraus: „Geschichtliches zur Märschierung in Deutschland“, in der es auf Seite 134 heißt:

„Die gelben Gewerkschaften sind ein Produkt der Märschierung. Die Einheit der Arbeiter ist gestört... Die Märschierung 1906 hat nun den früheren Aufstoß zur Entwicklung der gelben Gewerkschaften gegeben, und unsere Berliner Kollegen werden jahrelang zu tun haben, um dieses Bleigewicht an der Arbeiterbewegung wieder abzuschütteln.“

So erweist sich also die Sozialdemokratie als eigentlicher Schrittmacher der Gelben. — Das Scharfmachtum aber nahm sich der gebrannten Kinder „Liebevoll“ an. Die flügelarmen Klassenkämpfer wurden echte Gelbe, die für ein Almosen auf die Geldendmachung ihrer Menschenrechte resigniert verzichteten und für ein Extra-Wohlfahrtsbrot dem Scharfmachtum den Dienst erwiesen, auch ihren Arbeitskollegen den gelben Kirchhofsrieden als Wirtschaftsfrieden aufzuschwätzen und aufzudrängen. Wie die Industriellen die gelbe Bewegung in ihrem Interesse zu fördern wissen, ist hinlänglich bekannt. So konnte seinerzeit in einer Versammlung des gelben „reichstreuen Vereins“ in Puckau ein gewisser Claus beweisen, daß für den Bund (vaterländischer Arbeitervereine) bereits ein Fonds von 3 800 000 Mark durch Beteiligung von Großkapitalisten angebracht und dadurch die gelbe Pensions- und Witwenkasse gesichert sei. Die Direktoren und Prokuristen der Maschinenfabrik Augsburg stifteten für den dortigen gelben Werkverein bei der Gründung im ganzen 136 775 Mark. Auch zu den gelben Wohlfahrts-einrichtungen trug die Direktion ihr „Scharflein“ bei, indem sie der Arbeiter-Witwen- und Waisenkasse mit einem Eintrittsgeld von 140 000 Mark und einem jährlichen Beitrag von 46 000 Mark als „Mitglied“ beitrug. Der gelben Krankenkasse half sie mit einer Spende von 3000 Mark auf die Beine. Diese Beispiele von Subventionierung der Gelben durch die Unternehmer können beliebig erweitert werden, und die vor einigen Jahren bekannt gewordenen Lebensbriefe zeigen ebenfalls mit aller Wünschenswerten Offenheit, von welchen Leuten und mit welchen Mitteln die gelbe „Arbeiterbewegung“ gemacht wird. Mit einem Worte, die gelbe Bewegung ist auf Gnade oder Ungnade dem Unternehmertum ausgeliefert. Und das jagt dem denkenden Arbeiter genug.

Unsere Unternehmer sind gewiegte Kaufleute. Die Tausende, die sie den Gelben auf der einen Seite als „Wohlfahrt“ hinwerfen, knüpfen sie ihnen in aller Gemütsruhe auf der anderen doppelt und dreifach wieder ab — und das, ohne eine ernsthafte Störung des „Wirtschafts-“ bezw. „Kirchhofsriedens“ befürchten zu brauchen. Lohnabzüge und Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse werden ja in den Organen der gelben Arbeiter nicht registriert — dafür aber wird den Braven bis zur Benutzlosigkeit immer und immer wieder eingepaukt, daß „Kapital und Arbeit nur gemeinsame Interessen“ haben.

Angesichts dieser Sachlage ist es in der Tat eine Unverschämtheit, wenn gelbe Organe wie der „Werkverein“ es wagen, in Bezug auf die Mitglieder der gelben Werkvereine von „Wagnismut“ und „Selbstständigkeit“ zu sprechen. Leute, die sich ein unabhängiges Urteil über diese Unternehmervorgänge erlauben dürfen, sagen anders. So urteilt z. B. der Nationalökonom Dr. Kötter in Erlangen über die Gelben so:

„Es sind, um es deutlich zu sagen, Streikbrecherorganisationen von Unternehmern Gnaden... Vom sozialpolitischen Standpunkt aus betrachtet, bedeutet diese Bewegung einen ungeheuren Rückschritt.“

Und da wundern sich die Gelben noch, daß die konfessionellen Arbeitervereine sich ihre unerschämte Zudringlichkeit entschieden verbeten und ihnen den Stuhl vor die Tür setzen! Da schreien sie Zeier und Mordis, wenn evangelische Arbeiter- und christliche Gewerkschaftssekretäre sie beim richtigen Namen nennen und artdangieren — genau wie die Genossen zur „Behebung“ der Fleischnot — Protestversammlungen. („Der Werkverein“ Nr. 35, 1912.)

Nun ja, die Gelben haben aber auch wirklich nötig, mit den „Genossen“ den Konkurrenzkampf aufzunehmen. Wenn man den Mitgliedern anders nichts bieten kann, ist man ihnen für ihren Vereinsbeitrag wenigstens hin und wieder einen Protestnummel schuldig. Das ist ein Kampf, der den unternehmerlichen Kirchhofsrieden nicht gefährdet und bei dem auch die „Schwächlinge und Feiglinge“, die sich sonst nur aufs Mecken der gelben Wohlfahrtskassen verlegen, mitmachen können. Und für die gelben „Schwächlinge und Feiglinge“ muß wirklich etwas geschehen. Wer daran noch zweifelte, den wird das nächste Dokumnt aus dem gelben Lager, welches wir dem „Hamburger Echo“ vom 28. August dieses Jahres entnehmen, wohl eines besseren belehren. Dieser interessante Beitrag zur Naturgeschichte der Gelben lautet also:

Reichsverband gegen die Sozialdemokratie. Hauptstelle.

Berlin SW., den 20. Juni 1912. Dessauer Straße 30.

An die Herren Vorstandsmitglieder des Reichsverbandes. Am 19. Mai hat in Ostrow der Mecklenburgische Gewerkschaftsverband des Bundes vaterländischer Arbeitervereine gefagt. Aus dem uns übersandten Protokoll ist zu ersehen, daß leider in die vaterländischen Arbeitervereine — und benutzlich wird es in den Werkvereinen nicht anders sein — sich zahlreiche Elemente einschleichen, die möglichst viel an finanzieller Unterstützung ergattern wollen. Ueber diesen Punkt sprach sich der Vorsitzende des Mecklenburgischen Gewerkschaftsverbandes Harber-Wismar, folgendermaßen aus:

„Mit äußerst scharfen Worten geißelte der Vorsitzende das Verhalten solcher Mitglieder, die möglichst keinen Pfennig Beitrag bezahlen, dafür aber möglichst viele Gelder aus dem Gewerkschaftsverband und den Vereinen herausziehen möchten. Derartige Mitglieder, die er mit keinem anderen Namen wie „Parasiten“ und „Blutausauger“ belegen konnte, seien ein Krebsgeschwür für den Gewerkschaftsverband und die Vereine, und es sei weit besser, wenn diese so schnell wie möglich unserer Bewegung den Rücken kehren, da sie uns nur ungeheuren Schaden zufügen. Die Räte der Scham kann einem ins Gesicht treten, wenn man die Magen schlicher Mitglieder über die geradezu lächerlich geringe Höhe der Beiträge, die von den einzelnen Vereinen erhoben werden, vernimmt; er müsse da die „Genossen“ als Beispiel hinstellen, die, ohne mit der Wimper zu zucken, die ungeheuer hohen Gewerkschafts- und Parteibeiträge klaglos bezahlten, obgleich ihnen nicht unbekannt sei, daß sie noch nicht einmal ein Viertel ihrer eingezahlten Beiträge an Unterstützungen usw. wieder herausbekämen, während bei uns alle eingezahlten Beiträge für Unterstützungen verwandt werden sollen. Geradezu niederziehend sei die erbärmliche Höhe des Gehalts, das an den Geschäftsführer und die Kontoristin gezahlt werde. Hierin müsse unbedingt ein gründlicher Wandel und eine Gesundung eintreten, sonst könnten niemals die gesteckten Ziele erreicht werden. deshalb richte er die ernste, dringliche Aufforderung an die Abgeordneten, in diesem Sinne auf die einzelnen Mitglieder in ihren Vereinen hinzuwirken. — Nur ganze von heiliger Vaterlands- und Fürkennliebe besessene Männer können wir in unserem schweren Kampf gegen die heranrückende rote Flut gebrauchen, keine Schwächlinge und Feiglinge, die nur die Vereine und damit den Gewerkschaftsverband als „melkende Kuh“ betrachten. Die Opferwilligkeit und die Verneinerung des Nejerbesonds sei, wie der Geschäftsführer bereits so trefflich angeführt habe, eine Lebensfrage für den Gewerkschaftsverband und die Vereine, damit man später den Mitgliedern mehr materielle Vorteile bieten könne wie die Gegner, ohne so enorm hohe Beiträge zu erheben, wie jene. — Man solle doch auch nicht mit so kindlichen Entgegnungen kommen, daß vorläufig noch keine erheblichen Unterstützungen gewährt werden könnten, dies sei doch ganz selbstverständlich, denn aus einem „Nichts“ kann eben nur ein „Nichts“ entstehen, dies sei eine alte Waisenvahrheit.“

Auf derselben Tagung wurde eine Entschärfung gefagt. In der der mecklenburgische Gewerkschaftsverband sich grundsätzlich damit einverstanden erklärt, daß für Mecklenburg ein besonderes Bundesorgan geschaffen wird, weil man mit der „Deutschen Treue“ in Mecklenburg nicht zufrieden ist.

Die Hauptstelle. Dr. Bodenschen.

Dieses Bruchstück aus dem Protokoll einer „wirtschaftsriedlichen“ Tagung spricht für sich. Es muß wirklich schon weit gekommen sein, mit der hochgepriesenen „gelben Moral“, wenn den Obergelben selbst schon „die Räte der Scham“ darob ins Gesicht steigt. Es ist der Treppenhoch in der „gelben“ Weltgeschichte, daß nun just dieselben Leute, die jahraus, jahrein der Arbeiterschaft die gewerkschaftliche Opferwilligkeit zu vereiteln suchen, nun diejenigen, die sich in diesem Punkte ihrer Weisheit willig unterwarfen, als — „Parasiten“ und „Blutausauger“, Schwächlinge und Feiglinge benennen! — Ob nun den irreführten Gelben nicht bald ein Seifensieder aufsteigt? Ob sie nun bald einsehen werden, wie recht Dr. Kötter in seiner Schrift über die Arbeitgeberverbände urteilte, wenn er sagt: „Ein Arbeiter, der auf Solidarität und Standeshere hält, wird sich sein Koalitionsrecht nicht durch Geldspenden der Arbeitgebererschaft abkaufen lassen. Eine Unwahrheit ist es, wenn einzelne dieser gelben Gründungen der Unternehmerschaft sich als „frei“ oder „unabhängig“, ein grober Mißbrauch, wenn sie sich als „national“ oder „reichstreuen“ bezeichnen.“

Man kann es demnach wirklich einer Arbeiterorganisation, die auf Selbstständigkeit und Standeshere hält, nicht verargen, wenn sie ihr Haus gegen die gelbe Krankheit absperrt. Alle Halbheit ist hier von Uebel. Mit Parasiten, Schwächlingen und Feiglingen, wie sie die gelbe Bewegung heranzieht, ist weder dem deutschen Arbeiterstande noch dem deutschen Wirtschaftsleben gedient. Deutsch und national war es allezeit, ein freier Mann, ein selbständiger ehrlicher Charakter zu sein. Friedertum und heuchlerischer Euer-

Sinn sind nicht deutscher Art. Deshalb, hinweg mit dem gelben Sumpf. Der denkende, vorwärtsstrebende deutsche Metallarbeiter hat im christlichen Metallarbeiterverbande seine wirtschaftliche Interessensvertretung.

Aus den Produktionserhebungen für die Hüttenindustrie 1909 und 1910.

Nachdem wir kürzlich die Ergebnisse der Erhebungen über die verschiedenen Erze betrachtet haben, wenden wir uns nunmehr zu den Blei-, Silber- und Kupferhütten, den Gold- und Silberseideanstalten und den Zinkhütten. Die Zahl der Blei-, Silber- und Kupferhütten, sowie der Seideanstalten betrug 1909 und 1910 je 43. Insgesamt waren im Jahre 1909 9656 und i. J. 1910 9760 berufsgenossenschaftlich versicherte Personen beschäftigt, deren Löhne und Gehälter 11,3 und 11,9 Millionen M. betrugen. An Blei- und Silbererzen wurden 1909 296 300 und 1910 292 562 Tonnen verarbeitet. Von diesen stammten aus dem Inland (einschl. Luxemburg) 167 413 und 190 241 To. oder 56,5 bzw. 65,0 Prozent. (Das Hauptproduktionsgebiet ist Oberschlesien, doch werden auch links und rechts des Rheines, sowie im Harz, im Erzgebirge und Schwarzwalde nicht unerhebliche Mengen Erz gewonnen.) Die aus dem Ausland bezogene und verarbeitete Erzmengung betrug 128 887 To. i. J. 1909 und 102 321 Tonnen i. J. 1910. Deutschlands Bergbau lieferte also mehr als die Hälfte. Als Hauptausfuhrland kommt für Deutschland Australien in Betracht. Die von hier bezogene Menge betrug 1909 99,211 To. und 1910 84 084 T. Die übrigen Länder liefern diesen Zahlen gegenüber nur ganz unbedeutende Mengen.

An Kupfererzen wurden insgesamt 775 716 To. i. J. 1909 und 865 090 To. im Jahre 1910 in inländischen Betrieben verarbeitet. Davon stammten 768 703 bzw. 865 090 Tonnen oder 99,1 und 99,8% aus dem Inland. Die Einjahre ist demnach ganz gering. Von ihr entfällt die Hauptmenge auf unsere Kolonie Deutsch-Südwestafrika, und zwar wurden von da eingeführt 1909 6747 To. und 1910 1871 To.

An Schwefelkiesabfällen wurden 269 194 To. i. J. 1909 und 299 054 To. i. J. 1910 verarbeitet. Wenn wir als Ursprungsland das Land nehmen, aus dem der Schwefelkies stammt, so ergibt sich, daß aus dem Inland 6763 und 6723 To. hervorgeht wurden. Die bei weitem größere Menge muß also aus dem Ausland bezogen werden. Als Hauptausfuhrland kommt Spanien in Betracht, von dem 250 776 To. und 275 601 To. verwendet wurden.

Die Jahreserzeugung an Blei betrug 167 620 Tonnen im Werte von 44 Millionen M. im Jahre 1909 und 158 360 To. im Werte von 41,4 Mill. M. i. J. 1910. Davon entfallen auf Weichblei 161 985 To. bzw. 152 939 Tonnen und auf Hartblei 5638 bzw. 5421 To. Die Produktion von Handelsblei stellte sich 1909 auf 689,7 To. im Werte von 48,5 Millionen M. und 1910 auf 588,3 To. im Werte von 43 Mill. M. An Gold wurden 33,0 To. im Werte von 92,1 Mill. M. (1909) bzw. 38,1 To. im Werte von 106,2 Mill. M. (1910) hergestellt. Die Erzeugung an Kupfer betrug 1909 33,965 To. im Werte von 42,3 Mill. M. und 1910 37 482 To. im Werte von 45,8 Mill. M.

In der Zinkhüttenindustrie waren 1909 28 Betriebe und 1910 29 Betriebe in Tätigkeit. Davon entfallen auf das Rheinland in beiden Jahren je 6, auf Schlesien je 17, auf Westfalen, Braunschweig und Hamburg 5 bzw. 6 Betriebe. Die Zahl der durchweg beschäftigt gewesenen Personen betrug 1909 11 856 und 1910 11 919. An Rohstoffen wurden insgesamt 685 028 To. im Werte von 64,2 Mill. M. bzw. 714 407 To. im Werte von 68,0 Mill. M. verarbeitet. Davon entfallen auf Galmei z. 167 520 To. bzw. 170 064 To., auf Zinkblende 461 242 bzw. 487 692 To. Bei weitem der größte Teil dieser Rohstoffe wurde von der heimischen Industrie gestellt. An erster Linie steht Oberschlesien. Von dem verarbeiteten Galmei waren 66,3 bzw. 68,0% aus dem Inland, von der Zinkblende gar 80,7 bzw. 78,1%. Die Erzeugung an Rohzink betrug 1909 162 250 To. im Werte von 74 Mill. M., 1910 164 740 To. im Werte von 75,3 Mill. M. Die Haupterzeugung mit 82 686 und 81 482 Tonnen entfällt auf Schlesien. Die alleinige Produktion von raffiniertem Zink hat daselbst Land mit 56 829 To. im Werte von 24,5 Mill. M. (1909) und 61 030 To. im Werte von 27,4 Mill. M. An Zinkstaub und Zinkschmelz wurden insgesamt 17 401 To. im Werte von 5,0 Mill. M. bzw. 19 642 Tonnen im Werte von 5,9 Mill. M. produziert.

Sinnhättenbetriebe waren im ganzen 9 bzw. 8 vorhanden, die 13 240 bzw. 17 038 To. Zinnerze verarbeiteten. Diese stammten zu 99,6% aus dem Auslande. An anderweitigen Rohstoffen kamen 13 343 bzw. 15 335 To. zur Verwendung. Der Gesamtwert der verarbeiteten Stoffe belief sich auf 18,8 bzw. 28,6 Mill. M. Die Jahreserzeugung an Zinn betrug 8201 bzw. 10 484 To. im Werte von 21,3 bzw. 30,7 Mill. M.

Die Frauenbewegung.

In einem vorangehenden Artikel ist dargelegt worden, in welcher großer Zahl heute schon die Frauen am Wirtschaftsleben beteiligt sind. Immer neue Massen von Frauen drängen zur Erwerbstätigkeit und suchen Arbeit und Brot in allen unglücklichen Berufen, da die eigentlichen Frauenberufe zumeist überfüllt sind. Die Mißstände und Schwierigkeiten, die dem weiblichen Erwerbs- und Berufsleben, dem weiblichen Bildungsstreben vielfach noch entgegenstehen, will die Frauenbewegung bekämpfen und beseitigen. Im letzten Jahrzehnt ist ein starker Zusammenschluß der Frauen in den Vereinen aller Art zu beobachten. Nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Gleichberechtigung zu erkämpfen hat ein Teil der Frauenvereine zum Zweck und Ziel. Die neuzeitliche Gesetzgebung ist dieser Bewegung entgegengekommen, indem sie das veraltete Verbot der Teilnahme der Frauen an politischen Vereinen und Versammlungen 1908 aufhob. In den meisten Bundesstaaten durften bis dahin die Frauen nicht einmal zur Erörterung von Landesfragen in Versammlungen zusammenzutreten. Es mutet eigentümlich an, wenn man das folgende liest:

„Professor Francke verliest hierauf das Referat von Fräulein Helene Simon-Berlin, welches sich an der Hand eines umfangreichen statistischen Materials hauptsächlich mit der Frage der Erhöhung des Schutzalters für jugendliche Arbeiter beschäftigt. Vorstehender Staatsminister v. Berlepsch dankt der Referentin für ihre Referate; zu bedauern sei nur, daß Fräulein Simon nicht zu erkennen geben dürfte — nicht einmal durch Zeichen (Heiterkeit) — daß sie den Dank entgegennehme.“

So geschah zu Köln, 1902, auf einer Versammlung der Gesellschaft für Sozialreform. Fräulein H. Simon durfte nämlich hinter einem Bretterverschlag auf der Galerie des Saales teilnehmen, nicht aber im Saale selbst. Derartige Polizeibeschränkungen sind heute nicht mehr möglich; das Versammlungsrecht ist für Männer und Frauen gleich.

Die Reichsgewerbeordnung hat den Frauen hinsichtlich der Führung eines Gewerbebetriebes längst die gleichen Rechte eingeräumt, wie den Männern. Es heißt dort:

„Das Geschlecht begründet in Beziehung auf die Befugnis zum selbständigen Betriebe eines Gewerbes keinen Unterschied. Frauen, welche selbständig ein Gewerbe betreiben, können in Angelegenheiten ihres Gewerbes selbständig Rechtsgehälte abschließen und vor Gericht auftreten, gleichviel ob sie verheiratet oder unverheiratet sind.“

Bürokratisch ist allerdings der Vorbehalt gemacht (§ 140b BGB.), daß eine Ehefrau zum selbständigen Betriebe eines Gewerbebetriebes der Einwilligung ihres Ehemannes bedarf. Hingegen sind in Titel VII der Gewerbeordnung die Frauen besser gestellt und mehr geschützt als die Männer. Auch in der Reichsversicherungsordnung sind die Frauen in bezug auf die Verwaltung der Kassen den Männern gleichgestellt worden: sie können wählen und gewählt werden.

So ist also den Wünschen und Bedürfnissen der erwerbstätigen Frauen durch die Gesetzgebung vielfach Rechnung getragen. Doch sie wollen mehr und hoffen, daß ihre weitergehenden Wünsche mit Hilfe ihrer Organisationen erfüllt werden. Die Zahl der organisierten weiblichen Privatangestellten, Handlungsgehilfinnen z. betrug Ende 1910 54 727. Weiter waren bei den „freien“ Gewerkschaften bis zur selben Zeit 161 512 Arbeiterinnen, darunter 6682 Handlungsgehilfinnen organisiert. Bei den christlichen Gewerkschaften wurden Ende 1910 21 933 Frauen und Mädchen als Mitglieder registriert. Dem statistischen Jahrbuch des Deutschen Reiches ist zu entnehmen, daß der Verband kath. Vereine erwerbstätiger Frauen und Mädchen Deutschlands Ende 1910 28 506 Mitglieder hatte, der Verband süddeutscher kath. Arbeiterinnenvereine Ende 1909 12 000 und der Verband kath. Dienstmädchenvereine bis zur selben Zeit 8510 Mitglieder. Die bei deutschen Frauenorganisationen überhaupt beteiligten Mit-

glieder werden auf rund eine Million angegeben. Die meisten dieser Frauen sind in ihrem Vereinsleben hauptsächlich an caritativem Gebiete tätig, nämlich 712 000. Als beruflich organisiert wurden 106 746 Frauen gezählt, 60 000 als an sozialem Gebiete tätig. Politisch organisierte Frauen werden im statistischen Jahrbuch nur 4500 für Ende 1909, angegeben jedoch ohne Gewähr, da eine Anzahl von Vereinen näher Angaben über die Zahl ihrer Mitglieder nicht gemacht hat. Es ist aber anzunehmen, daß die Zahl der Mitglieder in den verschiedenen politischen Vereinen für Frauenstimmrecht und in Kolonial- und Flottenvereinigungen beteiligten Frauen die 1908 rund 12 000 betrug, nicht zurückgegangen ist. Der Bund deutscher Frauenvereine, der 1908 643 Ortsvereine mit 150 000 Mitgliedern umfaßte, hat inzwischen seinen Mitgliederstand auf 250 000 gebracht. Der Verband süddeutscher kath. Arbeiterinnenvereine ist von 12 000 auf 17 769 Mitglieder gestiegen, die Ende 1911 in 114 Vereinen organisiert waren. Der Verband evangelischer Arbeiterinnenvereine ist auf 3 Vereine mit 3000 Mitgliedern angewachsen.

Unter den Berufsorganisationen der deutschen Frauen nehmen die Lehrerinnenvereine eine hervorragende Stellung ein. Bei den Erhebungen 1908 wurden über 40 000 Lehrerinnen als Mitglieder der verschiedenen Vereine gezählt, davon über 10 000 im kath. Lehrerinnenverein; etwas über 900 Lehrerinnen gehören dem Verein christlicher Lehrerinnen (evangelisch) an. Die Lehrerinnen haben schon viel erreicht. Sie sind die ersten gewesen, die in den Staats- bzw. Gemeindefunktion aufgenommen und in ein Beamtenverhältnis überführt wurden. Große Widerstände gab es da vorher zu überwinden. Insbesondere war es die Lehrerschaft, die sich gegen die Aufnahme von Frauen in das Lehramt stemmte. Noch 1906 auf dem Lehrertag in München, an dem sich 6000 Lehrer und 400 Lehrerinnen beteiligten, wurde der Kampf um die Referenten gegen die Teilnahme des Weibes an der Jugend-erziehung mit stürmischem Beifall aufgenommen; die Lehrer ließen dabei zunächst die Lehrerinnen gar nicht zu Worte kommen. Heute steht die Lehrerinnenfrage kaum mehr zur Diskussion. Zu der Hauptsache spielen nur mehr die Bildungsfrage, dann die Gehaltsfrage eine Rolle. Der Grundsatz bei gleicher Leistung, gleiche Bezahlung, ist auch hier, wie bei den meisten Frauenberufen, noch nicht zur Durchführung gelangt.

Mißgünstigen Blickes wird von vielen Staatsbeamten das Einbringen der Frau in den öffentlichen Verkehrsdiens betrachtet. Im Reichspostgebiet allein waren am 1. April 1911 22 392 weibliche Personen im Post- und Telegraphendienst dauernd beschäftigt; darunter waren 5777 etatsmäßig angestellte Post- und Telegraphengehilfinnen, von im ganzen 13 649 Gehilfinnen, sowie 2436 Postagentinnen. Durch Petitionen an den Reichstag suchen auch diese Beamtinnen und deren Vereine eine weitere Verbesserung ihrer sozialen Verhältnisse zu erreichen. Ebenso halten es die zahlreichen weiblichen Angestellten bei den Eisenbahnverwaltungen. Auch in den übrigen Staatsverwaltungen hat sich die Frauenarbeit durchgesetzt. Frauen sind tätig: bei der Gewerbeinspektion, im Polizeidienst, als Gefangenenaufsicht usw.

Auf dem Gebiete der Schul- und Fachbildung suchen die Frauen gleichfalls es den Männern gleichzutun. Eine der Führerinnen in der Frauenbewegung auf christlichem Boden, Frau Graud-Kühne, hat vor Jahren schon die Forderung aufgestellt: Erziehung der Mädchen zur Einfachheit, zur Hauswirtschaft, zur Berufstüchtigkeit. Das Mädchen soll in allen Sphären zu gelernter Arbeit tüchtig gemacht werden; es muß so wie der Knabe eine Arbeit berufsmäßig erlernen.

Dies ist in der Zwischenzeit vielfach geschehen. In der Schrift: „Die Frau in Haus und Beruf“, die anlässlich der Ausstellung der Erzeugnisse und Arbeiten von Frauen in Berlin, Februar und März 1912, herausgegeben wurde, heißt es u. a.:

„In der Photographie-, im Buchbinder-, Juwelier- und Schneider-, Holzschmiedgewerbe usw. haben Frauen die vorgeschriebenen ordnungsmäßigen Lehrzeiten absolviert und Gesellen- und Meisterprüfungen abgelegt. Da die handwerkliche Ausbildung jungen Datums ist, so ist das, was hier gezeigt werden kann, ein erster Versuch. Wir freuen uns aber doch, daß auch auf den den Frauen ferner liegenden Gebieten vielfach frische Ansätze vorhanden sind. Süddeutschland ist hier in mancher Hinsicht voran. Von dort kommt uns die erste Tischlerin, die erste Herrenschneidmeisterin, eine Wäckermeisterin und eine Holzschmiedin. Die Angaben der bei uns ausstellenden weiblichen Lehrlinge, Ge-

Metallverarbeitung und Gewerbeinspektion.

(Von Dr. med. S., Frankfurt a. M.)

Die wichtigste Fundgrube zur Kenntnis der hygienischen Verhältnisse in einem Arbeitszweig und der erteilten Fortschritte bilden die Berichte der Gewerbeinspektion. Zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse ist vor allem die ungeschädliche Abführung des Staubes notwendig. In einer Metallschleiferei des Bezirkes Marienwerder wurde eine größere Anlage eingerichtet. In Metallwarenfabriken ist die Dampf- und Metallstaubabfuhrung in einer großen Anzahl Berliner Betriebe eingeführt. Eine zweckmäßige Einrichtung zur Vermeidung und raschen Beseitigung schädlicher Dünste ist in einer Schmelzerei für Alzink geschaffen worden. Der Ofen steht von zwei Seiten frei zugänglich im Arbeitsraum und hat einen völlig verdeckten Kammerraum, der unter der Saugwirkung eines kräftigen Exhaustors gehalten wird. Das Schmelzgut, Zinkschlacke, alte Regenrohre zc. kann durch zwei über die ganze Breite des Ofens sich ausdehnende Schlitze von etwa 25 Zentimeter Höhe eingeworfen werden und fällt zunächst auf eine schräge Ebene, die es der Wanne langsam zuführt. Während des Betriebes entwickeln dem Ofen keinerlei Dünste oder Dämpfe, wie sie sonst in Alzinkschmelzen am charakteristischen Geruch sofort erkennbar sind. Der Gewerbeinspektor von Stajel berichtet mit Befriedigung, daß im Kreise Schmelzwerke die fortgeschrittenen Anregungen des Aufsichtsbekanntmachung zur Errichtung guter Entstaubungsanlagen geführt haben. Dagegen sind in vielen kleineren Schleifereien die Verhältnisse noch recht mangelhaft. Wegen Zuwiderhandeln gegen die im Bezirk Arnberg erlassene Polizeiverordnung für Metallschleifereien mußten mehrere Unternehmer bestraft werden. In der Regel handelte es sich darum, daß die für die Abfuhrung des Staubes bestimmten Einrichtungen entweder fehlten oder außer Betrieb gesetzt waren. In einem Falle konnte ein Fabrikant, der seine Schleiferei in einem nur 2 Meter hohen Keller-raum untergebracht hatte, nur nach Androhung hoher Strafen

zum Verlassen des Kellers veranlaßt werden. Die Gefahren der Einatmung von Staub, ähnen Gasen und Dämpfen ist in der Metallbranche durch Ersetzung der Handarbeit durch die Maschinenarbeit verringert worden. So werden z. B. in Metallknopfabriken Erkrankungen nicht mehr durch Säuren, die ätzende und schädliche Dünste entwickeln, sondern durch mechanische Einrichtungen hervorgerufen.

Für die Besserung der Gesundheitsverhältnisse der Metallschleifer des Solinger Bezirkes ist die Polizeiverordnung über Errichtung und Betrieb der Schleifereien recht förderlich gewesen, was sich zahlenmäßig nachweisen läßt. So standen bei verschiedenen Krankenkassen die Schleifer hinsichtlich der Häufigkeit der Erkrankungen günstiger, als die Rassenmitglieder in ihrer Gesamtheit. Nach den seinerzeit vom Landrat angestellten Ermittlungen betrug die Sterblichkeit der Solinger Metallschleifer 1885/95 durchschnittlich 20,62 v. T., in den Jahren von 1904—1905 starben von 1000 Schleifern nur 10,95.

Was die Nidelflocke anlangt, so bezweifelt der Aufsichtsbeamte des Bezirkes Erfurt deren Vorkommen in den Vernicklungsanstalten seines Bezirkes. Hautkrankheiten sind zwar in fast allen Vernicklungsanstalten vorgekommen, diese werden auch teilweise als Nidelflocke bezeichnet. Es scheint sich aber in den meisten Fällen um das bekannte Gerberleiden zu handeln, welches in den gewerblichen Betrieben der verschiedensten Art vorkommt. Zwei erwachsene und zwei jugendliche Personen mußten wegen wiederholter Erkrankung an Hautausschlägen das Vernickeln aufgeben, zwölf Arbeiterinnen erkrankten nur vorübergehend und konnten die Arbeit ohne weiteren Nachteil für ihre Gesundheit fortsetzen. In einer Metallwarenfabrik des Bezirkes Arnberg erkrankte ein Arbeiter, der damit beschäftigt war, die zu vernickelnden Teile in die Wäber einzuhängen und die vernickelten herauszunehmen, an Zellgewebsentzündung des linken Armes. Die Erkrankung wurde als Unfall gemeldet. Die Untersuchung ergab, daß sich der Arbeiter bei dem Hänieren mit den Nidelflockern eines eisernen Galens bediente, und daß er bei der Arbeit mit dem Bade nicht unmittelbar in Berührung kam; er pflegte aber in den kleinen Pausen bei dem Herausnehmen der Gegenstände die linke Hand auf das am

Bad befindliche Abtropfbrett zu legen. Der Arzt teilte die Ansicht des Gewerbeinspektors, daß das Leiden durch das Sautieren mit den Nidelflocken hervorgerufen sei, und daß eine Gewerbekrankheit vorliege. Auch im Bezirke Nachen wurde das Auftreten der Nidelflocke bei der Vernickelung von Fahrradspeichen beobachtet. Beim Eintauchen der Hände in die Nidelflocklösung benutzten die Arbeiter Gummihandschuhe, die sich aber an den Näten als wenig widerstandsfähig gegen die Einwirkung des Nidellammoniums erwiesen. Es entstanden als bald keine Durchstichungen und Geschwüre an den Händen der Arbeiter, die jedoch gutartig verließen und in einigen Tagen heilten.

In einer Berliner Metallwarenfabrik wurden zwei Arbeiter durch nitrose Gase schwer vergiftet, weil sie zum Aufhängen verschütteter Salpetersäure unverdünnter Weise Sägemehl verwendeten und sich unmittelbar länger als nötig war, in dem mit den giftigen Gasen stark angefüllten Schuppen aufhielten. Auch hier zeigte sich, wie sonst beobachtet, die ähnen Wirkungen der Einatmung nitroser Gase erst nach 24 bis 40 Stunden. Die Heilung beanspruchte 2—3 Wochen. In einer Metallwarenfabrik des Bezirkes Königsberg erkrankten zwei Arbeiter beim Schwärzen von Metallwaren an Arsenwasserstoffvergiftung und bedurften vierwöchentlich Behandlung im Krankenhaus. Das Schwärzen geschah in einem aus Zink und Schwefelsäure hergestellten Wasserstoffbad, zu dem rohe, arsenhaltige Grundstoffe verwendet wurden. Die Firma wurde veranlaßt, nur chemisch reine Materialien zu verwenden und die Arbeiten unter einem Dunstabszug vorzunehmen. In einer Berliner Metallwarenfabrik wurden vorübergehend Per- und Tetraäthylblei zum Entfetten von Lampenteilen benutzt. Der hierbei beschäftigte Arbeiter und einige in der Nähe tätige Metallschleifer klagten über die heraufschäumende Wirkung dieser Benzinerzmittel; ihre weitere Verwendung wurde inhibiert.

Betriebsunfälle werden nicht so selten beobachtet. Im Bezirke Kassel einer abgeriffenes Stück eines Schleifwehls, der auf einer Walze fehlerhaft befestigt war, dem Besitzer einer Metallschleiferei an den Kopf und tötete ihn sofort. Eine Abnahme der Betriebsunfälle in der Metallverarbeitung wurde

Jellen und Meister im Optiker-, Lpfer-, Schmiede- und Schuhmachergewerbe und des in Photographie vorgeführten weiblichen Maurers zeigen, daß vielfach die Väter die Lehren sind, und die Töchter das väterliche Handwerk einmal fortsetzen sollen."

Die Frauen beteiligen sich aber auch an den höheren Studien, um den Eintritt in einige geistige Berufe zu erlangen. Es hat lange gedauert, bis die Frauen an den Gymnasien und Universitäten zugelassen wurden. Die sbdeutschen Staaten gaben am frühsten diese Erlaubnis. Bereits 1898 erklärte der k. bayerische Kultusminister im Landtag: "Von großer Wichtigkeit und großem Interesse ist die Frage des Frauenstudiums." Heute gibt es zahlreiche Mdchengymnasien in allen Teilen des Reichs. Zahlreiche Absolventinnen dieser Schulen gehen zur Universität. In Baden, Bayern und Württemberg werden Frauen immatrikuliert, mithin als vollkommen gleichberechtigte Studentinnen zugelassen. Die Zahl der im Wintersemester 1910/11 zugelassenen Frauen an den verschiedenen Universitäten betrug 4744. Davon waren nur zu Vorlesungen berechtigte Frauen 2325. Medizin studierten 528 Frauen; der Philologie, Geschichte, Philosophie widmeten sich 1200 Frauen; der Rechtswissenschaft 40 usw.

Durch die Teilnahme am Studium werden die Frauen auch befähigt, ihrer Bewegung Führerinnen zu stellen. Das ist von einer nicht zu unterschätzenden Bedeutung. In der christlich-nationalen Frauenbewegung sind viele gebildete Frauen hervorragend tätig. Manche der studierten Frauen ist aber auch auf Seite der radikalsten Frauenbewegung getreten, jener Bewegung, die die ganze Frauenbewegung zu diffamieren und zu hemmen geeignet ist. Der deutsche Verband für Frauenstimmrecht hat in dieser Beziehung schon manches geleistet. Dieser Verband hat die Erklärung der politischen Gleichberechtigung der Frau sich zum Ziele gesetzt und hat sich als parteilos eingeführt, um Frauen aller politischen Richtungen für sich gewinnen zu können. Der Verband befindet sich jedoch auf der schiefen Ebene des Radikalismus. Sein Publikationsorgan schrieb schon 1908 in Nr. 1: "Die Frauenbewegung muß radikal sein oder sie wird es nicht sein." In den Versammlungen und in der genannten Zeitschrift macht sich denn auch vielfach ein Radikalismus geltend, der abstoßend wirkt. Der Ferrerrommel ist z. B. in Bayern von der Seite in einer Weise mitgemacht worden, daß selbst linksliberale Politiker von "Unruhe" sprachen. Auch der Austritt aus der Kirche hat der Verein für Frauenstimmrecht propagiert. Manche Ortsvereine sind nur mehr Fiktionen der Sozialdemokratie oder Redebhnenpltze gewisser junggradualer Herren geworden; die gemgerten Frauen ziehen sich deshalb zurück. Von einer einheitlichen Organisation der Stimmrechtsbewegung kann jedenfalls keine Rede mehr sein, ebensowenig von einer in der nächsten Zukunft liegenden Erfüllung der von den radikalsten Frauenvereinen aufgestellten politischen Forderungen.

Können die christl. Arbeiter für Errichtung von Landkrankenkassen eintreten?

Bekanntlich verschwinden ab 1. Januar 1914 die bisherigen Gemeindekrankenkassen. Durch die neue Reichsversicherungsordnung werden von diesem Zeitpunkt ab ungefähr 7 Millionen Neuversicherte in die Krankenversicherung einbezogen. Es sind dies hauptsächlich Land- und forstwirtschaftliche Arbeiter, die im Haus- und Wandergewerbe Beschäftigten und die Diensthoten. Für diese Neuversicherten soll die Errichtung von sogenannten Landkrankenkassen, welche die R.-V.-D. in gewissen Fällen vorsieht, in Frage kommen. Sie können im Bezirke eines jeden Versicherungsamtes neben den allgemeinen Ortskrankenkassen errichtet werden, wenn nicht die Landeszentralbehrde diese Kassenart ablehnt oder das Versicherungsamt kein Bedürfnis dafür anerkennt. Die Bundesstaaten, Sachsen, Baden, Württemberg, sowie auch Elsaß-Lothringen, lehnen fast gänzlich durch ihre Ausführungsbestimmungen die Zulassung von Landkrankenkassen und zwar von vornherein, ab.

Die zuständigen preussischen Minister für Handel und Gewerbe und für Landwirtschaft, Forsten und Domänen allerdings betonen in einem jüngst herausgegebenen Erlasse an die nachgeordneten Behörden, daß die Einführung von Landkrankenkassen überall dort erfolgen soll, wo die Eigenart der Verhältnisse es rtlich erscheinen lässt. Die Landkrankenkassen sollen den Neuversicherten die Gewähr bieten, daß sie nicht von ihren städtischen Kollegen in den Ortskrankenkassen mit ihrem Einfluß zurückgedrängt werden. Ferner ist die preussische

im Bezirke Köln beobachtet. In einer Metallwarenfabrik des Bezirkes Merseburg kamen wiederholt Unfälle an Pressen und Stangen vor, die von jugendlichen Arbeitern bedient wurden, sobald der Unternehmer aufgefordert wurde, die Verwendung jugendlicher Arbeiter an diesen Maschinen solange zu unterlassen, als nicht wirksame Schutzvorrichtungen angebracht sein würden. Daß die Polierarbeiten aus Zeuglappen unter Umständen schwere Verletzungen verursachen können, beweisen zwei Unfälle, die sich an solchen Scheiben in Metallwarenfabriken ereigneten. Ein mit dem Polieren flacher Messingringe beschäftigter Arbeiter hatte den rechten Arm durch einen Ring gesteckt, der sich in der Lappenscheibe verwickelte und mit einem scharfen Rand die Hand des Arbeiters abschnitt. Einem anderen Arbeiter wurden durch einen Laternenring, der sich ebenfalls in der Lappenscheibe verwickelte, mehrere Finger ausgerissen. Der Gewerbeinspektor von Aachen bemerkt, daß die Pressen und Stangen in den Metallwarenfabriken zu Unfällen wenig Veranlassung geben, weil diese Maschinen mehr und mehr mit selbsttätigen Zufhrungsvorrichtungen versehen worden sind, sobald der Arbeiter mit seinen Händen nicht unter den niedergehenden Stempel zu fassen braucht. Zeitgehenden Einfluß auf die Unfälle hat hier die größere oder geringere Hast des Arbeiters; es sollte daher unter keinen Umständen an ungeschützten Pressen und Stangen im Afford gearbeitet werden. In einer Metallwarenfabrik des Bezirkes Potsdam erlitten eine Anzahl Arbeiter Brandwunden durch Explosion von Hndwerken, die ohne Wissen der Behörden hergestellt wurden. Ein tödlicher Unfall erfolgte in einer Metallwarenfabrik des Bezirkes Potsdam durch Explosion eines mit Gasflammen gespeisten Trogenschranzes, in welchem Gestelle von Spirituslchern nach dem Lackieren getrocknet wurden. Die Explosion erfolgte dadurch, daß die beiden Arbeiter zwischen dem Decken der Gashhne und dem Anzünden längere Zeit verstreichen ließen, sobald sich das Gas im Trogenschrank, in den es durch den nur lose auf Falzen aufliegenden Boden eindringen konnte, mit der Luft mischte und ein explosives Gasgemenge bildete.

Regierung sehr darauf bedacht, daß die Neuversicherten nicht reich für die Selbstverwaltung ihrer Kasse sind. Und drittens will man die sozialdemokratische Wahlagitation aus diesen Bevölkerungsklassen fernhalten. Aus dem Grunde ist den Versicherten in den Landkrankenkassen das Wahlrecht zum Krankentassenausschu und Vorstand nicht gegeben. Dieses wird vielmehr von den Vertretern der Gemeindeverbände geleistet. Das ist zweifellos ein erheblicher Mangel. Es ist eine erwiesene Tatsache, daß in der Regel die Kassen mit Selbstverwaltung ganz naturgemäß das größte Interesse der Beteiligten erwecken und damit auch ihren gesunden Ausbau und Fortschritt garantieren.

Die R.-V.-D. behandelt aber auch noch in punkto Leistungen die Landkrankenkassen gegenüber den Ortskrankenkassen unterschiedlich. Die Leistungen sind geringer und können sogar unter die Regelleistungen herabgesetzt werden. Wenn sie trotzdem leistungsunfhig werden, sollen die Gemeinden mit Beihilfen beispringen. Ohne Zweifel rechnen die Gesetzgeber schon mit solchen Eventualitäten, weil in manchen Landklassen der Personenkreis ein zu kleiner werden wird, da ja die schon vielfach jetzt in den Ortsklassen versicherten obengenannten Arbeiterkategorien laut Ortsstatut versichert sind, sich dann der Landklasse nicht anzuschließen brauchen und dieses auch natürlich nicht tun werden. Ferner stellen die Hausgewerbetreibenden und Diensthoten keineswegs die guten Risiken dar, die man hier und da annimmt, das Umgekehrte könnte nachgewiesen werden. Zu erwarten sind in den Fällen, wo beide Klassenarten nebeneinander eingeführt werden, auch die Grenzreitigkeiten über die Zugehörigkeit der einzelnen Arbeiterkategorien z. B. ob "gewerbliche Diensthoten" oder nicht usw.

Wenn man nun noch in Betracht zieht, daß durch die Errichtung von zweierlei Klassen ganz naturgemäß auch die Verwaltungskosten sich steigern, die doch eigentlich besser für die Versicherten verwendet werden könnten, so erscheinen vom verwaltungstechnischen, finanziellen und moralisch-rechtlichen Standpunkte aus betrachtet bei den Landkrankenkassen der Nachteile so viele, daß die Einfhrungsbegehrdung der preussischen Minister als nicht stichhaltig erscheint. Der Einwand, daß die Neuversicherten nicht eine genügende Vertretung bekommen, ist doch hinfällig, da ja das Proportionalwahlrecht bei allen aus der R.-V.-D. resultierenden Wahlen vorgesehen ist. Sozialistische Strömungen aber hält man auf die Dauer nicht dadurch von den Neuversicherten ab, daß man ihnen Rechte vorenthält, die ihre Standesgenossen aus anderen Berufsgruppen bereits besitzen. Genau das Gegenteil könnte eventuell bei den Neuversicherten ausgelöst werden, wenn es ihnen eines Tages bewußt wird oder von den Sozialdemokraten zum Bewußtsein gebracht wird, daß sie auf dem Gebiete des Krankentassensystems gewissermaßen minderen Rechtes sind. Darum erscheint es viel richtiger und zweckmäßiger, überall dort, wo bereits Ortskrankenkassen bestehen, aber wo irgendwie Inbetriebnahme in Frage kommt, auf die Errichtung von Landkrankenkassen zu verzichten. Damit kommen wir auch dem Geiste der R.-V.-D. entgegen, indem die angestrebte Zentralisierung dadurch gefördert wird.

Aus der Arbeiterbewegung.

Zum letzten Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften.

hat die gegnerische Presse in sehr verschiedener Weise Stellung genommen. Einige sozialdemokratische Blätter haben eine ernste sachliche Kritik daran gest, andere, und das ist die Mehrzahl, sind der Regel treu geblieben und haben nur blndlings verfeinert, und heruntergerissen. Der "Vorwärts" hat den leitenden Kreisen der christlichen Gewerkschaften - wider Willen natürlich - ein besonderes Kompliment gemacht mit der Behauptung, der prinzipielle Teil des Jahresberichts der christlichen Gewerkschaften sei so geschickt abgefaßt, daß ihn keine Arbeiter, sondern andere Kreise geschrieben haben müßten. Das letztere ist natürlich nicht der Fall. Kein außerhalb der christlichen Gewerkschaften stehender hat den Jahresbericht vor der Veröffentlichung gesehen noch soufistic im geringsten auf dessen Form oder Inhalt eingewirkt. - Andere sozialdemokratische Blätter bekrften die im Jahresbericht angefuhrten Mitgliederziffern und wollen überhaupt den christlichen Gewerkschaften jegliche Bedeutung zuschreiben. Demgegenüber verlohnt sich in die Erinnerung zu rufen, wie das sozialdemokratische Zentralorgan ("Vorwärts" Nr. 170, 1909), bereits vor drei Jahren über die christlichen Gewerkschaften geurteilt hat. In einem Artikel auf den letzten Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Köln gestand der "Vorwärts" ein, daß die christlichen Gewerkschaften Erfolge erzielt hätten, mehr als die Gegner gedacht hätten:

"... sie haben namentlich im Westen Deutschlands in einigen Berufen einen ansehnlichen Einfluß, mit dem die sozialistischen Organisationen dort wohl oder bel rechnen msen; ihre Verbnde sind - wozu ihnen das Meister und die Erfahrung auf unserer Seite gute Dienste geleistet haben - im Aufbau und den Finanzen leiblich in Ordnung, und die beamteten Personen beweisen meist das erforderliche Geschick in der Leitung und Verwaltung ihrer Verbnde. Es wäre ungerade und verfehlt, das zu verkennen. ... Nicht nur beherrscht die Leitung die organisatorische Technik, sondern die einzelnen Redner wissen auch in der Form wie in der Sache ihre Gedanken meist wirksam zu vertreten. An der Anerkennung dieser Tatsache soll man sich nicht mit der ungebührlichen Hervorhebung dieser oder jener Nebenerscheinung vorbeidrcken. Das wäre wie gesagt nicht nur ungerade, sondern auch in denjenigen Gegenden, wo die Christlichen von Einfluß sind, gefährlich."

Seit der Zeit, wo der "Vorwärts" dieses schrieb, haben die christlichen Gewerkschaften um weitere 70 000 Mitglieder zugenommen, ihr Einfluß ist mithin noch bedeutend gestiegen.

Judasilberlinge oder Menschenrechte?

Von einem Zwangsglied des gelben Wertvereins der Burbacher Htte geht uns folgender Notzettel mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

"Der Burbacher Htte war es bekanntlich vorbehalten, im Saarrevier unter Leitung des über die Grenze Saarabiens hinaus bekannten Obermeisters Malbach den ersten gelben Almojen- und Schmarotzerverein ins Leben zu rufen. Nicht nur auf der Burbacher Htte, sondern auf allen Hüttenwerken an der Saar, wo gelbe Wertvereine bestehen, wurden sie von Wertbeamten auf Drängen der oberen Leitung gegründet. Hierfür liegen Beweise genug vor und wenn die "gelben" Zeitungen das Gegenteil behaupten, so schwindeln sie einfach. Um den Arbeitern, welche in den gelben Sumpf gezerrt wurden, wieder echtes "saarabisches Standes-

bewußtsein" einzufloen, wurde damals beschlossen, die bekannte Httenuniform (im Volksmunde auch Zwangs- oder Fesseljackete genannt) einzuführen. Daß eine Anzahl Arbeiter, die noch Ehrgefühl im Leibe hatten, sich dagegen sträubten, kann man leicht verstehen, und bis heute haben noch nicht alle Gelben eine Uniform. Jetzt, nachdem es der Burbacher Htte gelungen ist, mit Hilfe von Drohungen, Zwang und den jährlichen Judasilberlingen die wahre Standesorganisation der Arbeiter, die gewerkschaftliche Bewegung am Orte zu schwächen, kann sie wieder mit einem gelben Anschlag an ihre gelben Lieblinge herantreten, dem ich nur folgenden Satz entnehme:

"Der Ausschuß und Vorstand des Httenvereins haben beschlossen, daß jedes Mitglied, welches 22 Jahre alt ist, eine Uniform haben muß. Bis zum Hüttenfest muß jeder im Besitze der Uniform sein."

Der Vorstand und der Ausschuß des Burbacher gelben Wertvereins setzt sich zum großen Teil aus Wertbeamten und aus sogenannten "Jugendenern" zusammen. Diese Leute lassen nun ganz einfach den Beschluß, daß sich alle in den gelben Verein gepreßten Arbeiter eine Uniform im Werte von 28 Mark zulegen msen. Also von Mitgliedschaftsrecht ist bei den Gelben keine Spur zu finden. Könnten doch die Generaldirektion und die Herren Aktionäre am Tage des Httenfestes in unsere Herzen schauen, dann würden sie sehen, daß wir nur gezwungen und uns schmend mit der Uniform am Festzuge teilnehmen. Eine Anzahl von Zwangs-Gelben, die sich schämen, eine Zwangsjacke anzulegen, fühlen den Beschluß des gelben Vorstandes als zu starken Tadel. Ihren Unwillen kann man überall im Betriebe zu hören bekommen. Aber was nht hier das Schelten und Schimpfen. Nach Dr. Kille, dem Berufsvorstand dieser Httenbesitzer, gehören die Menschenrechte in die Kumpelkammer und jeder Arbeiter hat Mitgliedschaft der gelben Organisation zu sein und auf seine Freiheit in wirtschaftlicher und politischer Beziehung zu verzichten.

Ich kann daher meinen mit irrefhrten Berufskollegen von der Burbacher Htte nur zurufen: "Verzichten wir auf die Judas-Silberlinge, verzichten wir auf die Schinkenbrtchen! Sorgen wir vielmehr dafür, daß auch endlich in Saarabien das Sprichwort zur Geltung kommt: Freiheit dem Menschenengeslecht, Knechtschaft dem Tiere geziemet." Schließen wir uns darum unserer wahren Berufsorganisation, dem christlichen Metallarbeiterverband an, dann wird auch für uns Arbeiter der Burbacher Hätte eine andere, bessere Zeit anbrechen!"

Sozialdemokratische Selbsterkenntnis.

Unter dieser Ueberschrift wurde jüngst in der Tages- und Gewerkschaftspressen eine Ausfassung des bayrischen Sozialistenfhrers Segig wiedergegeben, die den Inhalt sozialdemokratischer Agitationsreden also kennzeichnete:

"Mag ein Agitator vom Norden oder Süden kommen, man hört immer dieselbe Rede. . . Die Rede besteht in einer wstigen Schimpferei über den Unternehmer, berechnet auf den Machtgel der Arbeiter, wodurch bei diesen falsche Ideen hervorgerufen werden. Anstatt die Arbeiter zu erziehen, werden ihnen häufig Besprechungen gemacht, durch die sie sich später gekufert sehen."

Auch wir wiesen in einem Artikel in unserer Nr. 32 auf diese irreführende Kennzeichnung der sozialdemokratischen Agitationspraxis durch einen der Asten im Lager des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes hin. Mit großem Aufwande von Entrüstung haben nun das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes und die übrige rote Presse bekräftigt, daß Segig diese Neuerungen getan habe. Dieser dreifache Abwehrversuch stht sich auf die nebensächliche Ungenauigkeit, wonach diese Neuerung Segig in einer "jüngst" oder "kürzlich" abgehaltenen Metallarbeiterkonferenz gefallene sein sollte. - Das war insoweit irrtümlich, als die betreffende Konferenz schon im Jahre 1897 stattgefunden hat, wodurch freilich an dem Effekt der Segig'schen Charakteristik nichts geändert wird. Segig hat tatsächlich in dieser Weise über die sozialdemokratischen Agitationsmethoden geurteilt und sein scharfes Urteil ist heute noch ebenso zutreffend wie damals.

Rundschau.

Der Deutsche Handwerks- und Gewerbetagung tagte vom 13. bis 15. August in Würzburg. Generalsekretär Dr. Menck (Hannover) wandte sich gegen die gefehltlich beliebte Darstellung, die Lage des Handwerks sei trostlos. Diese Behauptung sei in hohem Grade geeignet, das Handwerk als nicht leistungsfähig zu verbchtigen und damit zu schädigen. Das Handwerk könnte mit der Befreiung seiner speziellen Fragen durch den Reichstag zufrieden sein. Vor der Uebertreibung der Sozialpolitik sei jedoch zu warnen; das Kleinhandwerk könnte die Lasten nicht tragen. Zu einem Zwischenfall kam es dann bei einer Rede des Vorsitzenden des Schutzverbandes der Arbeitgeber in der Holzindustrie, Herrn Mahardt. Derselbe behauptete bei der Besprechung des mangelnden Schutzes der Handwerker gegenüber den Hauswirtschftlern, es gebe Regierungsbeamte, die die Notlage des Handwerks zu ihrem eigenen Vorteile ausntzten. Die Regierungsvertreter verließen darauf den Saal, ließen sich jedoch zur Rückkehr bewegen, nachdem Obermeister Plate darüber hatte abstimmen lassen, daß sich die Versammlung nicht mit den Ausführungen Mahardt identifiziere. Die Tagung nahm sodann Stellung zur Regelung des Submissionswesens, dem Arbeitswilligen, den Tarifverträgen, der Konsumvereinsfrage und der Meisterprüfung. Natürlich verlangen auch die Handwerksmeister einen größeren Schutz der sog. Arbeitswilligen und sprechen der Reichsregierung und der Mehrheit des Reichstages wegen ihrer ablehnenden Haltung in der Frage ihr Bedauern aus. Sie glaubten, es ihrem Stande zu schulden, bei dieser Gelegenheit auch etwas im Fahrwasser der Schafmacher zu pltzern.

Zu der Frage der Tarifverträge wird ausgesprochen, daß diese sich auch auf die Umstände, unter denen die Arbeit zu leisten sei, ausdehnen sollen und nicht nur auf das Verhältnis von Arbeit und Entgelt. Bei Festsetzung von Mindestlöhnen msse auch eine Mindestleistung bestimmt werden, da sonst die Tarifverträge zu einer dauernden Verminderung der Gesamtleistung führen würden. Die Aufhebung des Absatzes 2 des § 152 der V.-D. wird gefordert, im abtuehenden Falle ist ein neuer Absatz in die Gewerbeordnung aufzunehmen: "Durch die Bestimmung des Absatzes 2 werden nicht berührt Vereinbarungen zwischen Gewerbetreibenden und gewerblichen Arbeitern über die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in bestimmten Gewerben (Tarifverträge)."

Es empfiehlt sich, den Berufsvereinen ohne ein Spezialgesetz Rechtsfähigkeit zu verleihen durch einen Zusatz zu § 21 des Bürgerlichen Gesetzbuches und Streichung des Wortes „sozialpolitisch“ in § 61, Absatz 2. Das Verhältnis der Arbeitsordnungen zu den Tarifverträgen sei rechtlich so zu regeln, daß die Arbeitsordnung ungültig ist, wenn sie einem für den Betrieb geltenden Tarifvertrag zuwiderläuft. Als Endziel sei eine gesetzliche Regelung der Tarifverträge anzustreben.

Dann kam ein Sturm auf gegen die Konsumvereine. Eine zu schaffende Zentralstelle soll alle „Mißstände“ des Konsumvereinswesens sammeln und entsprechend vertreten. Die Handwerksmeister täten jedenfalls besser, ihre Frauen und Töchter, die eifrigsten Kundinnen der Warenhäuser, zu Förderern des Mittelstandes zu erziehen. Die Arbeiter werden sich von ihnen jedenfalls die Freiheit nicht nehmen lassen, sich in einer Zeit unerhörter Lebensmittelerhöhung selbst zu schützen und die ihnen notwendig und nützlich scheinenden Maßnahmen zu ergreifen.

Unter den Stabeisen erzeugenden Walzwerken machen sich starke Strömungen für die Gründung eines Stabeisenverbands bemerkbar. Für die Leitung der hierzu nötigen Arbeiten soll der Direktor Loh (zuletzt Hohenloherwerke) gewonnen werden. Dem „N. N. C.“ wird hierzu geschrieben: „In der Tat muß man sagen, daß das sowohl bezüglich der Person wie des Zeitpunktes ein überaus glücklicher Griff wäre. Was den Zeitpunkt betrifft, so ist es ja richtig, daß das Geschäft in Stabeisen glänzend geht. Die Werke sind bis Ende des laufenden Jahres und zum Teil darüber hinaus mit Spezifikationen besetzt, daß sie selbst für bedeutend erhöhte Angebote nichts mehr hereinnehmen können. Aber auch die schönste Konjunktur hat einmal ihr Ende. Es geht aber verbandstetzig auf die Dauer nicht an, einen Artikel wie Stabeisen frei zu lassen. Im ersten Halbjahr war der Versand sämtlicher deutscher Werke in Stabeisen 2 Millionen Tonnen, jedoch also auf das ganze Jahr ein Versand von 4 Mill. Tonnen kommen wird. Davon gehen in ganz runden Zahlen etwa 80% nach dem Inlande und 20% nach dem Auslande. Der Markt für einen solchen Artikel kann man nicht den Schwankungen des Zufalles überlassen. Man erinnert sich noch des Schreckens, den vor einigen Wochen die Gerüchte von Unterbietungen am Stabeisenmarkt hervorgerufen haben. Bei einer enormen Leistungsfähigkeit der Industrie in Stabeisen, die noch durch die neuen Werke verstärkt werden wird, muß gerade hier jeder Wandel der Konjunktur schlimme Folgen nach sich ziehen. Deshalb ist es gut, wenn man heutzutage die Syndizierung von Stabeisen in die Hand nimmt und nicht damit wartet, bis man von einem Umschlag der Konjunktur überrascht wird. Heute haben wir mittlere Preise, bei denen beide Teile gedeihen können. Man lasse diese Preise aber um 20 Mark fallen, so bedeutet das für die Industrie einen Verlust von 80 Mill. M., den sie verheeren kann, wenn sie die Syndizierung rechtzeitig in die Hand nimmt. Aus diesen Erwägungen heraus ist die Strömung entstanden, daß Fritz Loh mit den Vorarbeiten für das erstrebte Stabeisen Syndikat betrauen will. Loh hat in Verbandsfragen großes Geschick. Von ihm stammen die grundlegenden Vorarbeiten für den Stahlverband. Er hat auch den Zinkstättenerverband zusammengebracht, wo er doch mit manchen schwierigen Kontingenten zu tun hatte.“

Diese Aufschrift an den Berliner Börsen-Courier verdient die größte Beachtung der Arbeiterschaft der Großindustrie. Kommt die Syndizierung des Stabeisens nicht zustande, so ist die Ursache im Egoismus gewisser Großhersteller zu suchen, die um kleiner Vorteile willen kollektiv einen ganzen Industriezweig in eine sehr mißliche Lage bringen. Wie die Aufschrift ganz treffend bemerkt, ist dann für die Stabeisenindustrie mit einem Verlust von 80 Millionen Mark zu rechnen. Darüber verlieren weder der Verein mit dem langen Namen, die Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände, noch andere Unternehmerorganisationen ein Wort. Sie sind wohl der Meinung, daß der Verlust von 80 Millionen M. der Weltbewerbsfähigkeit unserer Industrie nicht schade. Wenn dies der Fall ist, warum trompeten denn diese Unternehmerorganisationen in die Welt hinein, die 85 Millionen M. die durch den Achtstundentag in der Großindustrie nötig würden, müßten „naturnotwendig“ eine ungeheure Schädigung im Gefolge haben? Wie die aufgezeigte Tatsache beweist, ist dieses absolut nicht der Fall. Die Argumentationen der genannten Unternehmervereinigungen laufen daher auf eine Täuschung der öffentlichen Meinung hinaus. An der Arbeiterschaft liegt es, durch Eintritt in die Organisation diese Absicht zu durchkreuzen.

Ueber die Lage der Maschinenindustrie lesen wir in der „Rein- u. Ruhrzeitung“ (Nr. 429/1912): „Von allen Zweigen der gewerblichen Warenherstellung behauptet gegenwärtig die Metall- und Maschinenindustrie den stärksten Kapitalbedarf. Man muß schon auf das Hochkonjunkturjahr 1907 zurückgehen, wenn man eine stärkere Unternehmungskluft feststellen will als im laufenden Jahre. Die augenblickliche Beschäftigung der Betriebe des Metall- und Maschinenwesens ist jedoch nicht allgemein befriedigend. Der Monat Juni hatte eine Abschwächung der Ausfuhr gebracht. Im Juli 1912 stellte sich der Gesamtexport von Maschinen auf 44 795 Doppelzentner gegen 41 735 Doppelzentner im Vorjahre. Dem Werte nach ergibt sich allerdings eine Steigerung von 48,19 auf 49,89 Mill. M., die in der Hauptsache durch die höheren Rohmaterialienpreise zu erklären ist. Der Absatz im Inlande wird durch verschiedene Faktoren zum Teil ungünstig beeinflusst. Die flauere Lage des Baugewerbes und einiger Zweige der Hausindustrie sowie die neuerdings wieder eingetretene Ermattung im Textilgewerbe wirken auf die Nachfrage am Maschinenmarkt zurück. Trotzdem hält die starke Kapitalzufuhr zum Metall- und Maschinengewerbe an. In den Monaten Januar bis Juli 1912 belief sich die für Neugründungen und Kapitalerhöhungen aufgewendete Gesamtsumme auf 124,26 Mill. M. Im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres wurden bei den Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. der Metall- und Maschinenindustrie insgesamt 105,21 Mill. M. neuinvestiert. In den ersten sieben Monaten der Jahre 1907 bis 1912 entwickelte sich die Unternehmungskluft wie folgt:

Jahr	Kapitalerhöhungen in Millionen Mark	Summe der Neuinvestierungen
1907	62,34	74,60
1908	56,41	45,09
1909	61,74	40,99
1910	40,51	31,24
1911	40,83	64,38
1912	45,04	79,22

Demnach ist der Kapitalbedarf der bestehenden Gesellschaften in diesem Jahre bereits erheblich über das Maß des Jahres 1907 hinausgegangen, während die für Neugründungen aufgewendete Summe noch bedeutend unter dem Niveau der Jahre 1907 bis 1909 bleibt. Es sind eben vorwiegend die zu Konzernen vereinigten Großbetriebe, die ihren Produktionsapparat erweitern. Die Rentabilität der Maschinenfabriken war im letzten Geschäftsjahr noch recht gut. Im ersten Halbjahr 1912 haben 167 Aktiengesellschaften der Maschinenindustrie ihre Bilanzen für das letzte Betriebsjahr mit dem Vorjahre vergleichbar veröffentlicht. Das Aktienkapital dieser Gesellschaften ist von 381,29 auf 394,14 Mill. M. erhöht worden. Die Summe der verteilten Dividenden betrug von 33,59 auf 35,66 Mill. M. Das entspricht einer Besserung des durchschnittlichen Dividendenertrages von 8,8 auf 9,0 Prozent.“

Die deutsche Uhrenindustrie konnte im ersten Semester der Jahre 1911 und 1912 ihre Erzeugnisse in erheblich größerer Menge als in den vorhergehenden Jahren exportieren. Die Ausfuhr von Uhren aller Art entwickelte sich in den Monaten Januar bis Juni der letzten fünf Jahre in Doppelzentnern, wie folgt:

Jahr	1908	1909	1910	1911	1912
Jan.-Juni	26 887	27 406	31 496	36 401	36 926

Zu resp. Abnahme + 519 + 4090 + 4906 + 525
Der Exportwert hat sich gegen das vergangene Jahr von 12,44 auf 12,61 Mill. M. erhöht. Dazu 172 016 Stück Taschenuhren in Stahl- oder Nickelgehäusen, die einen Wert von 0,40 Mill. M. repräsentierten.

Sehr erheblich war jedoch auch die Einfuhr von Taschenuhren. Im ersten Semester 1912 wurden 103 620 Stück Taschenuhren in Goldgehäusen eingeführt, in der entsprechenden Zeit des Vorjahres 100 392 Stück. Der Wert lag von 4,73 auf 5,22 Mill. Mark. Taschenuhren in Silbergehäusen brachte das Ausland in den Berichtsmontaten 325 057 Stück im Werte von 3,55 Mill. M. an den deutschen Markt gegen 295 393 Stück im Werte von 3,30 Mill. M. im ersten Halbjahr 1911. Aus der Schweiz stammten allein 320 737 Stück. Taschenuhren in Stahl- und Nickelgehäusen wurden vom Januar bis Juni vorigen Jahres 262 941 Stück importiert. Die Einfuhr stieg in den Berichtsmontaten auf 267 680 Stück, dagegen ergab sich eine Wertverminderung von 1,84 auf 1,73 Millionen Mark.

Den Lokomotiv- und Waggonfabriken stehen größere Bestellungen in Aussicht. Das Eisenbahngesamtkomitee in Berlin ist, wie die N. Z. berichtet, beauftragt worden, wegen der Herstellung von 680 Lokomotiven verschiedener Gattungen für die bestehenden Bahnen und für die im Rechnungsjahr 1913 zu eröffnenden neuen Bahnliniten der preuss. Staatsbahnen, sowie von 26 Lokomotiven verschiedener Gattungen für die Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen mit den beteiligten Lokomotivbau-Anstalten zu verhandeln. Die Lieferungen sollen am 30. September des Jahres 1913 beendet sein. — Die gleiche Behörde soll wegen Übernahme der Herstellung von 14 000 Güterwagen verschiedener Bauart für die preuss. Staatsbahnen sowie von 1 000 Güterwagen für die Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen mit den beteiligten Waggonbau-Anstalten verhandeln. Die Lieferungen sollen am 30. September 1913 beendet sein.

Aus der Metallindustrie. Die A. G. Weipers u. Co. erzielte nach 150 000 Mark Abschreibungen einen Reingewinn von 503 000 M., die Dividende beträgt 12%. — Bei Blohm & Voß beträgt der Reingewinn 521 000 Mark und die Dividende 7% gegen 4% im Vorjahre. — Der Abschluß der Charlottenhütte in Niederhaveln ergibt nach Abzug aller Unkosten einen Rohgewinn von 1 968 073 M. Es sollen zu Abschreibungen Verwendung finden 715 987 M., jedoch sich ein Reingewinn von 1 076 262 M. ergibt. Der Aufsichtsrat schlägt 16% Dividende (i. B. 12%) vor. — Das Meggerer Walzwerk erzielte 242 000 M. Reingewinn, Dividende soll 10% verteilt werden.

Ueber die politische Neutralität der christlichen Gewerkschaften wird in der gegenwärtigen Weise oft das ungenügende und widersprüchliche Zeugnis abgelegt. Was auf dem Gebiet möglich ist, wollen wir mit verschiedenen Ausführungen in ein und derselben sozialdemokratischen Zeitung, der Chemnitzer Volksstimme, illustrieren. Das genannte Blatt schrieb am 26. September 1911 in einer Polemik gegen eine bürgerliche Zeitung:

„Nun, daß die Kirch-Dummköpfe eine Schutztruppe der Freijüngern, die Christlichen die der Nationalliberalen bilden, das weiß das Volk so gut wie wir, es hätte auch gegen die Politik der („freien“) Gewerkschaften nichts einzuwenden, wenn sie nationalliberal gerichtet wäre.“

Chemnitzer Volksstimme vom 7. Juli 1912: „Dem Kirchenregiment dienen aber in Deutschland auch noch die Nebenorganisationen: die Zentrumspartei zu seiner Stütze im politischen Leben, die „christlichen“ Gewerkschaften, um die katholischen Arbeiter für den päpstlichen Seebann zu drücken.“

Chemnitzer Volksstimme vom 28. Juli 1912: „Nebenbei wird die Abhängigkeit der Christlichen von den Konservativen wieder durch einen Aufruf zur Gründung eines Sekretariats in Leipzig bekräftigt.“

Also zuerst nationalliberal, dann im päpstlichen Seebann, dann konservativ. Zur Verwässerung dieser Musterkollektion sei noch angeführt, was die sozialdemokratische Düsseldorf-Volkszeitung am 21. September 1911 schrieb:

„Dann stehen den christlichen Gewerkschaften noch andere Parteien als das Zentrum nahe. Evangelisch-nationalliberale und christlich-sozial-antijemittische Arbeitervereine gehören in genannten Provinzen zu Tausenden den christlichen Gewerkschaften als Mitglieder an.“

Je nach dem augenblicklichen Agitationsbedürfnis der sozialdemokratischen Presse werden die christlichen Gewerkschaften schwarz, blau, rot, violett oder gelb angefarbt. Dabei werden die sozialdemokratischen Zeitungsredakteure nicht einmal, daß sie sich in unlösbarer Widersprüche verwickeln und lächerlich machen.

Streiks und Lohnbewegungen.

Der Huf- und Wagenschmiedestreit in Mannheim und sein Ende.

Seines ursprünglichen Berufes eingedenk, nahm sich „Bruder Schmied“ am Ende seiner Lebensbahn in diesem Frühjahr

noch mal der „Interessen“ seiner Schutzbefohlenen an. Zwar waren ihrer einige der Meinung, daß dies schon früher hätte geschehen müssen, doch in „führenden“ Kreisen des sterbenden „Riesens“ hielt man es ansehender für besser, alle Kräfte aufzusparen — um „ruhmbedeckt“ und „liegend“ zu sterben.

Dieses Eindrucks kann man sich nicht erwehren, wenn man den Verhältnissen im Mannheimer Schmiedeverbande die Tatsache der Unterherrschaft des sozialdemokratischen Schmiedeverbandes unter dem hiesigen Gesellschaftsstand und sein plötzliches Auftreten Kraftmeiertum in den nun abgelassenen 10 Wochen seines nur kümmerlichen Erdenbestehens gegenüberstellt. Man kann nun nicht sagen, daß sein hiesiger berufener Vertreter und Führer sich wesentlich bemühte, dieser Charakterisierung gerecht zu werden. Ihm gingen, so scheint es, die ganzen Maßnahmen gewisser Mächer innerhalb seiner Organisation wider den Strich. Mächer, denen es offensichtlich darauf ankam, nach hiesiger Taktik einen „Kühnen“ Fischzug für den „großen Teufchen“ zu tun, in dessen radikalem Fahrwasser sie sich ihrer innersten Überzeugung gemäß schon längst wohl fühlten. Daher wohl auch die vielen Kraftworte in den Versammlungen vor dem Kampf, vor eben oder noch gar nicht organisierten Arbeitern? Daher wohl die an Größemwahnsinn grenzenden, provozierenden Schreie an die Innungsmeister, Schreie, die an Mobilität alles bisher Dagewesene überschritten und die Meister zum äußersten Widerstande aufstacheln mußten? — Waren nicht auch die verdeckten Absichten, bei einem eventuellen Abschluß den christlichen Metallarbeiterverband auszuscheiden, ein vorzuziehener bestimmtes Ziel?

Jawohl! Davon waren unsere Kollegen schon in den ersten Tagen des Kampfes überzeugt und wußten sich danach einzurichten. Wie anders hätte dann auch die „unverantwortliche Leistung“ so mit dem letzten Haub und Gut prahlen und um sich werfen können? Hier glaubte man dem christlichen Metallarbeiterverband das „schmerzstillende“ Salzband anlegen zu können. Allerdings hatte man die Rechnung ohne die hinter den christlichen Schmiedes stehenden übrigen Kollegen des christlichen Metallarbeiterverbandes gemacht. Ruhig und gemessen konnten daher unsere Kollegen zusehen, wie „Bruder Schmied“ sich in der Rolle eines Würgengels der Christen schließlich selbst erdroffelte — um nun ruhmlos im unerfülllichen Wagen des „Teufchen“ zu enden.

Das ist das Resultat einer Gewerkschaftsarbeit und -Taktik, wie es drastischer und beschämender noch selten irgendwo zum Ausdruck kam. Eine mit Gewalt durch grobe Ungeschicklichkeit herbeigeführte Niederlage am Vorabend seines Sterbetages, das ist das Ende der letzten Lebensankerung des „Bruders Schmied“ in Mannheim.

Den Gesellen und Mitgliedern des Schmiedeverbandes wäre wahrlich ein besserer Ausgang ihres Kampfes um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gönnen gewesen. Zu mal diese Verhältnisse gar keinen Vergleich mit denen in gleichartigen Gewerben aushalten und nicht in Einklang stehen mit den Anforderungen, welche an die Mannheimer Schmiede einer anderen, weniger radikal dem Aufwärtentum abgekehrten Führung und Organisation anvertrauen müssen. Sie hätten den Rat jener befolgen müssen, welche von Anfang an vor unüberlegten Schritten warnten und nicht den Leuten folgen durften, welche offen und verdeckt den Vertragsbruch propagierten.

Soll es in Zukunft besser werden, dann müssen sich die Mannheimer Schmiede dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen. Dieser Verband und alle seine Mitglieder haben in dem, leider durch die unverantwortliche Taktik einiger sozialdemokratischer Elemente im Schmiedeverband verlorenen Kampfe gezeigt, daß der christliche Metallarbeiterverband wie keine andere Organisation für die Interessen seiner Mitglieder eintritt.

Darum ihr Mannheimer Schmiedel! Schließt euch in größerer Anzahl dem christlichen Metallarbeiterverbande an, dann wird es in Zukunft besser um eure Interessen bestellt sein.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuwenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Gebelsberg. Bei der Firma Wih. Schmidt, Schloßfabrik und Tempergleiserel stehen die Arbeiter im Streik.

Bekum. Wegen Differenzen in der Zementindustrie ist der Zugang von Schloßern, Drechern, Schmiedern und sonstigen Metallarbeitern fernzuhalten.

Berndorf. Die Firma Gebr. Honsel in Svelking ist für Britanniawarenarbeiter gesperrt.

Herdingen-Kaldenhäuser. Ueber die Metallwarenfabrik Gustav Röhr ist die Sperre verhängt. Zugang von Drechern, Schloßern, Formern und Hilfsarbeitern ist streng fernzuhalten.

Hagen-Schwelm. Das hiesige Gebiet ist für Formere und Gießerarbeiten gesperrt.

W.-Glabach. Bei der Firma Gebr. Rembold, Eisen gießerei, sind Differenzen ausgebrochen. Der Betrieb ist gesperrt.

Machen. Bei der Firma Paulus, Bauhloßerei und Eisenkonstruktionswerkstätte stehen die Arbeiter im Streik.

Düsseldorf. Zur Durchführung einer Arbeitszeitverkürzung und Gewährung eines Ausgleichs für Akkord- und Lohnarbeit stehen einzelne Abteilungen folgender Werke im Streik: Weste & Co., Fittingsfabrik: Schmiede, Zuschläger und Schloßer. Gebr. Jaden, Fittingsfabrik: Schmiede, Zuschläger, Dreher, Werkzeug- und Reparaturschloßer. Stahlwerk Deking: Gießerei, Modellschreineri und Maschinenabteilung. Bei der Firma Phönix, Abteilung Kölnerstraße stehen die Dreher wegen Akkorddifferenzen im Streik.

Dortmund-Annen. Ueber die Stahlgießerei des Annener Gußstahlwerks ist wegen schlechter Behandlung der Arbeiter durch den Meister und wegen sonstiger Mißstände die Sperre verhängt. Formere und Rechner werden vor Zugang gewarnt.

Bochum. Die hiesigen Klempner und Installateure stehen zwecks Abschluß eines Tarifvertrages im Streik.

Duisburg. Ueber die Maschinenbau-A. G. Tigler in Weiden ist die Sperre verhängt. Zugang von Drechern und Schloßern ist fernzuhalten.

Essen-Ruhr. Die Schlosser, Schmiede und Dreher der Firma Hölbed, Turngerätefabrik, stehen im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

Nachen u. Koflscheid. Das hiesige Gebiet ist für Former und Gießereiarbeiter gesperrt.

Düsseldorf. Ueber die Firma Oberbiller Stahlwerk ist die Betriebssperre verhängt.

Zugang ist fernzuhalten.

Essen-Ruhr. Der Streik im Fuß- u. Wagenschmiedegewerbe ist beendet.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 8. September der liebenunddreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 8. bis 14. September fällig.

Aus dem Verbandsgebiet.

Bremerhaven. Zu einer schönen Kundgebung in der großen Dessellichkeit gestaltete sich unser diesjähriges Gewerkschaftsfest, zu dem sich fast alle Kartellmitglieder mit ihren Familien eingefunden hatten. Man hat als Lokal das von saftigem Grün umgebene Restaurant Blumenau gewählt. Freudig konnte der Kartellvorsitzende Kollege Wilkens konstatieren, daß fast alle Zweige der Gewerkschaften (Metallarbeiter, Holzarbeiter, Bohrtellner, Schneider usw.) vertreten seien. Wer, wie Schreiber dieser Zeilen die ersten Anfänge der christlichen Gewerkschaftsbewegung an der Unterweser kennen gelernt hat, wird zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß hier die besten Aussichten für ein starkes Ausbreiten der Gesamtbewegung vorhanden sind. Herr Lehrer Wolf sprach in längerer Rede über das Thema: die alten Sachsen und Friesen und die neue Bevölkerung Niederdeutschlands in den Städten. Jene alten Germanenstämme schilderte er als ein kerniges, zähes Geschlecht, von echt deutscher Art. Wohl hätten sie ein rauhes Aeußeres und gleichen darin den Eichen, die ihre Gehäfte unrauischen, doch besäßen sie ein goldiges Gemüt und hätten ein tiefes Verständnis für Recht und Gerechtigkeit. Diese Eigenschaften mündlich Redner auch den Kollegen der neuen niederdeutschen Bevölkerung in den Städten, und dies um so mehr, als uns heftige Kämpfe bevorstehen. In diesem uns aufschwüngen Kampf mit den sogenannten „freien“ Gewerkschaften bittet Redner, sich frei zu halten von Schlagwörtern irgendwelcher Art. „Nur unser hohes Ziel stets im Auge“, schloß der Redner, „dann wird es von uns auch einst erreicht werden!“ Sein Hoch galt dem Land und seinen Bewohnern in Stadt und Land. Nun begann der feierliche Teil des Festes, der die Kollegen bis abends zehn Uhr in bester Stimmung zusammenhielt.

Unsere letzte Metallarbeiterversammlung erfreute sich eines sehr guten Besuchs. Kollege Dohler-Bremen referierte über die Generalversammlung in Dortmund. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Der Geschäftsbericht 1910/11 unseres christlichen Metallarbeiterverbandes wurde von fast allen Kollegen entworfen. Einige anwesende Nichtmitglieder schlossen sich dem Verbands an.

Niederhollen (Lothringen). Am Sonntag den 18. August fand hier im Lokale „Schillerhof“ eine gutbesuchte Konferenz unserer Vorläufigen Bahnhöfen statt. Die Mitteilung des Kollegen Bäcker, daß er ab 1. Oktober seinen Wohnsitz nach Metz verlegen würde, um die Leitung unseres Verbandes in Lothringen zu übernehmen, wurde freudig aufgenommen. Kollege Bäcker hielt darauf einen Vortrag über: „Der Verbandstag in Dortmund und die Notwendigkeit der finanziellen Stärkung des Verbandes.“ Nach kurzer Diskussion wurde beschlossen, ab 1. Oktober 10 Pf. Vorkaufschlag zu erheben. Ferner wurde der Beschluß gefaßt, die Bahnhöfen in Lothringen und Trier ab 1. Oktober zu einer Ortsverwaltung zusammenzufassen und ein Verwaltungsstellenamt gewählt. Nachdem eine Aussprache über die Agitation stattgefunden hatte, und Kollege Bäcker zu energischer und opferwilliger Mitarbeit aufgefordert hatte, wurde die schön und harmonisch verlaufene Konferenz mit einem Hoch auf den christlichen Metallarbeiterverband geschlossen.

Nun werden unsere Kollegen in Lothringen auch einen freigestellten Beamten erhalten; es darf deshalb von allen erwartet werden, daß sie mit Hand anlegen, um unsere gute und schöne Sache auch in Lothringen immer mehr vorwärts zu bringen.

Ahlen. Wie unsere ganze Verwaltungsstelle, so steht auch die Ortsgruppe Ahlen im Reichen des erfreulichsten Fortschrittes, der sich nicht nur durch stetes Anwachsen der Mitgliederzahl, sondern auch durch begeisterte gewerkschaftliche Stimmung nach außen hin dokumentiert. Einen schönen Beweis dafür bot unsere am 18. August stattgefundene Mitgliederversammlung, die derart besucht war, daß sich selbst das geräumige Mehrzwecklokal noch als zu klein erwies. Gegenstand der Beratung war die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in der Ahlener Emailierindustrie, über die Kollege Fischer eingehend referierte. Er führte aus, daß schon seit einiger Zeit die Ahlener Arbeiter das Bestreben an den Tag legen, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter zu verschlechtern. So hätten die Firmen Dreier, Rosenberg, Rollmann u. Tovar und zuletzt auch die Firma Kerkmann empfindliche Vorstöße nach der Richtung hin gemacht, die aber dort, wo die Organisation stark genug war, abgewehrt werden konnten.

Neuerlich rigoros sei insbesondere die Firma Kerkmann vorgegangen. Dort schaffte man bei den Lagerarbeitern den Einzellohn ab und ließ die Kollegen im Gesamtarbeit arbeiten, was eine bedeutende Schädigung der Leute zur Folge hatte. So verdiente ein Arbeiter, der noch im vorigen Jahre 140 Mark nach Hause bringen konnte, auf Grund des neuen Systems ganze 99 Mark. Eigenartig sei dann die Behandlung die man den Arbeitern angedeihen lasse. Ganz besonders tue sich hierbei der Prokurist Ebers hervor. Als die Arbeiter ihn fragen, wieviel sie wohl verdient hätten, erhielten sie von dem Herrn die weisheitsvolle Antwort: „Nun, noch mal soviel wie die Hähne.“ Das reicht sich während dem üblichen „Werkebston“ des Herrn an, ihm sei zum eifrigen Studium empfohlen, das Kniggebuch: „Umgang mit Menschen“. Einem Arbeiter gegenüber erlaubte der Herr sich die Aeußerung: „Man sollte sie rechts und links um die Ohren schlagen. Backsteinen müßten Sie haben! Was bilden Sie sich wohl ein?“ In ähnlicher Art und Form verhält auch der Werkmeister Brüggentiez mit den Arbeitern umzugehen.

Von vernünftigen Sprachen mit ihm kann kaum die Rede sein. Jeder, der in irgend einer Angelegenheit zu ihm hinkommt, wird einfach angebrüllt.

Nicht allein bei Kerkmann findet sich diese sonderbare Behandlungsmethode. Sie scheint für Ahlen typisch zu sein. Auch die Firma Oeringhoff tut sich auf diesem Gebiete rühmlich hervor. In diesem Betriebe werden die jugendlichen Arbeiter, die man gewöhnlich trotz mehrfacher Bestrafung nach bis abends 8-10 Uhr beschäftigt, obendrein noch nach allen Regeln der Kunst durchgebläut.

Unverständlich ist es, daß sich angesichts dieser Zustände noch Arbeiter finden, die sich als Krieger und Schmarotzer den Vorgesetzten gegenüber in der unwürdigsten Weise hervortun. Sogar in unsere Versammlung hatte sich ein solcher — E. M. — hereingewagt, der allerdings in der lebenswürdigsten Weise vom Vorsitzenden aus dem Lokale herauspediert wurde.

Auch bezüglich der hygienischen Einrichtungen sieht es in Ahlen äußerst traurig aus. In vielen Betrieben scheinen Ankleideräume und Waschorrichtungen zu den Zuggegenständen gezählt zu werden. Vernünftige Ventilationseinrichtungen sind in manchen gesundheitschädlichen Emailieräumen auch nicht vorhanden.

Daß angesichts solcher Zustände die Arbeiter nicht gerade zufrieden sind, ist erklärlich. Weniger erklärlich ist es jedoch, daß ein großer Teil von ihnen bis jetzt noch nicht den Weg zur Organisation gefunden hat. Das müßte unter allen Umständen anders werden. Nur durch die Macht der Organisation könne durchgreifender Wandel geschaffen werden. Pflicht aller Kollegen sei deshalb, mit unermüdlicher Ausdauer nachdrücklich an der Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes zu wirken. Die Ausführungen des Kollegen Fischer lösten eine rege Diskussion aus, in der allseitig die Bereitwilligkeit zu intensiverer Mitarbeit betont wurde.

Auch nun Kollegen von Ahlen! Auf zur Arbeit. Möge die eingeleitete Hausagitation auf Grund einer recht großen Zahl von Mitwirkenden auch schöne Erfolge bringen.

Rheinhausen. Die Hundertjahrfeier der Kruppischen Werke hat der Dessellichkeit Anlaß gegeben, sich mit dieser Unternehmung mehr als sonst zu befassen. Meist geschah dies in recht einseitigem Sinne. Die Firma Krupp wurde als eine Idealunternehmerin hingestellt. Die Arbeitsverhältnisse sollten in einem paradiesischen Zustande sein. Unser Verbandsorgan hat sich ein großes Verdienst erworben, daß es die Verhältnisse einmal so gezeigt hat, wie sie sind. Daß keine Veranlassung vorliegt, die Firma zu verheimlichen, beweisen die Zustände auf der Kruppischen Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen. Nach dem Bericht der Pensionskasse haben im Jahre 1911 6961 Arbeiter neu angefangen und 6578 Arbeiter haben wieder aufgehört. In einem Betrieb, wo geordnete Zustände vorhanden sind, herrscht kein so starker Arbeiterwechsel. In den Jubiläumstagen wurden auch auf der Friedrich-Alfred-Hütte Denkmäler und Geschenke ausgeteilt. Gleichzeitig wurde aber eine Bekanntmachung herausgegeben, wonach in verschiedenen Abteilungen während der Nachtschicht die Vork- und Nachmittagspause weggelassen, also die Arbeitszeit um eine Stunde verlängert werden soll.

Gemäß den Bestimmungen der Gewerbeordnung will die Firma den Arbeitern Gelegenheit geben, sich zu den Feuerungen zu äußern. Wir glauben nicht, daß die Arbeiter dies tun werden. Bei Krupp herrscht ein militärisches System. Wer sich nicht, der fliegt. Arbeitern, die im Verdacht stehen, den Organisationsvertretern Material über die Zustände auf dem Werk zu liefern, wird mit Kündigung gedroht. Wer bei seiner Weisheit von der Friedrich-Alfred-Hütte keine Ueberzeugung erhält, kann monatelang von Betrieb zu Betrieb laufen, ohne eingestellt zu werden. Das Sperrsystem befindet sich in voller Tätigkeit. Solche Verhältnisse sind ganz sicher nicht ideal zu nennen.

Neben der Verlängerung der Arbeitszeit hat die Friedrich-Alfred-Hütte auch einen gelben Werkverein eingeführt. Dieser ist sie ohne einen solchen ausgekommen. Der Indifferentismus eines Teils der Belegschaft hat es der Firma ermöglicht, alle Maßnahmen rücksichtslos durchzuführen. Jetzt scheinen auch die Unorganisierten nicht genügend zuverlässig zu sein. Die Verwaltung hat den Boden für die gelben Experimente gut vorbereitet. Bei der Hundertjahrfeier belanzen die Lokomotivführer ein doppeltes Monatsgehalt. Während die Leute noch in der Feierstimmung waren, insähen in der Abteilung Eisenbahn eine Bekanntmachung, unterschrieben von der Betriebsleitung, worin auf „allgemeinen“ Wunsch die Arbeiter zu einer Versammlung, zwecks Gründung eines „Eisenbahnvereins“ eingeladen wurden. In der Versammlung wurde die Gründung des Vereins beschlossen. Als Zweck wurde angegeben: Wahrung der Interessen der Eisenbahner und Unterstützung in Notfällen. Sofort setzte eine starke Agitation für den Werkverein ein. Einige Vorgesetzte überboten einander darin. Die Meister ließen sich die Leute einzeln auf die Büros kommen, um sie für den Werkverein zu farnen. Der bekannte gelinde Druck wurde nicht verschmäht. Wen will es da wundern, daß in kurzer Zeit eine Anzahl Mitglieder gewonnen waren! Für die Arbeitervereine evangelischer und katholischer Konfession ist folgendes interessant. Ein Arbeiter weigerte sich, dem Werkverein beizutreten mit dem Hinweis, daß er schon Mitglied mehrerer Vereine u. a. auch im Arbeiterverein sei. Darauf erwiderte der Meister: „Lassen Sie doch den Arbeiterverein fahren; der Werkverein bietet Ihnen doch ganz andere Vorteile wie der Arbeiterverein.“

Am 22. August erschien eine neue Bekanntmachung. Weil der Schlußabsatz sehr interessante Tatsachen enthält, wollen wir ihn wörtlich wiedergeben: „Es wird den Mitgliedern zur Kenntnis gebracht, daß Herr Dr. Hilbens (Direktor, d. E.) das Protektorat und Herr Schreiber (Maschinenleiter, d. E.) den Ehrenvorsitz übernehmen wollen. Herr Dr. Hilbens hat in grützigster Weise dem Verein 500 Mark gestiftet. Mitglieder der gut der Verein 205. Weitere Annahmen können auf dem Eisenbahnbüro erfolgen. Der Vorstand. Blauer (Betriebsleiter d. E.)“

Jetzt kann es dem gelben Werkverein nicht schlecht gehen. Ein Geldgeschenk von 500 Mark und dazu noch zwei Direktoren und einen Betriebsleiter als Protektor und Vorsitzenden, ist der Huld und Güte ziemlich viel. Die erste Tat des Werkvereins wird wohl die Befestigung der zwölfstündigen Schicht für den Eisenbahnbetrieb sein. Außerdem eine Erhöhung der Geizergelöhne, die nur 4,20 bis 4,70 M. pro Schicht betragen. Das beispiellos dastehende Strafsystem im Eisenbahnbetrieb wird wohl auch Gegenstand der Erörterungen sein. 150 Proz. der Geizer wechseln jedes Jahr ihre Stelle. Wenn die angebotenen Reformen durchgeführt würden, wird die Fluktuation der Arbeiter eine geringere werden und, der Werkverein bekommt dauernde Mitglieder — oder auch nicht!

Die beteiligten Arbeiter werden es halb am eigenen Leibe erfahren, wohin sie durch den gelben Werkverein geführt werden. Seit Einführung der Gelben bei Krupp in Essen geraten die Löhne des Werkes mehr und mehr ins Hintertreffen. Während in der Sektion Düsseldorf der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft im Jahre 1911 die Löhne der Arbeiter um 103 Mark pro Arbeiter gestiegen sind, weist die Sektion Essen, in der das Kruppische Werk den Ausschlag gibt, nur eine Lohnerhöhung von 39 Mark auf. Auf der Friedrich-Alfred-Hütte herrschen schon heute unhaltbare Zustände. Durch die Einführung der Gelben werden die mannigfachen Beschwerden der Arbeiter sicher nicht beseitigt werden. Arbeiter, die sich für ein Almosen bereit finden lassen, ihren eigenen Standesgenossen in den Rücken zu fallen, sind sicherlich keine Charaktere, auf die man sich im öffentlichen Leben verlassen kann.

Die gelbe Bewegung wird deshalb auch in allen einsichtigen Kreisen abgelehnt. So hat sich denn auch der Vorstand des Duisburger nationalliberalen Vereins, nach Mitteilung eines Vorstandsmitgliedes in einer unserer Versammlungen, in einem Schreiben an die hiesigen Industriellen entschieden gegen die Gründung gelber Werkvereine ausgesprochen. In diesem Schreiben wird sinngemäß ausgeführt: „Wir haben in Erfahrung gebracht, daß einige Unternehmer im hiesigen Bezirk die Absicht haben, Werkvereine zu gründen. Dieselben sollen ein Gegengewicht gegen die Bestrebungen der Gewerkschaften bilden. Außerdem soll in den Werkvereinen der nationale Sinn gepflegt werden. Ob man durch die Einführung der gewünschten Zweck erreichen wird, ist zum mindesten sehr zweifelhaft. Wohl wird durch die Werkvereine die Liebesdienerei groß gezogen, was auf die Dauer zu unhaltbaren Zuständen führen muß. Um die Werkvereine lebensfähig zu erhalten, müssen die Werke enorme Zuschüsse leisten, die in keinem Verhältnis zu dem dadurch erzielten Nutzen stehen. Die Erfahrung hat mehrfach bewiesen, daß die Werkvereinsmitglieder auch bei Wahlen nicht zuverlässig sind. Aus den angeführten Gründen ersuchen wir deshalb, von der Einführung der Werkvereine Abstand zu nehmen.“

Es wäre zu wünschen, daß alle maßgebenden Kreise im hiesigen Bezirk eine klare und entschiedene Stellung gegen den gelben Unfug einnehmen. Auch die Arbeiterchaft muß sich offen und freimütig dem Gebilden abwenden, die der Volkseind einer selbständigen Arbeiterbewegung sind.

Duisburg. Um die Massen der Duisburger Metallarbeiterschaft aus dem Schlaf des Indifferentismus aufzurütteln, veranstaltete unsere Verwaltungsstelle am Sonntag den 25. August in vier Stadtteilen der Altstadt zugleich öffentliche Metallarbeiterversammlungen. Verchiedene Gründe veranlaßten uns, in dieser Weise an die Metallarbeiterschaft heranzutreten. Obwohl Duisburg mit den höchsten Durchschnittslohn hat, sind die Arbeitsbedingungen durchaus nicht ideal. All die Unzulänglichkeiten, die in den Bezirken der Großindustrie vorzufinden sind, fehlen auch hier nicht. Wir nennen nur die zwölfstündige Schicht, vierundzwanzigstündige Wechselarbeit und eine schreiende Differenz in der Bezahlung gleichartiger Arbeiten. In der Maschinen- und Kleinindustrie grassiert das Ueberstundenwesen. Zuschläge für Ueberarbeit werden fast allgemein nicht bezahlt. Auch die Gehälter machen seit einigen Monaten verweisele Anstrengungen, um im hiesigen Gebiet Fuß zu fassen. Der „Werkverein“ wird in einer sehr großen Anzahl von Exemplaren wöchentlich gratis an hiesige Arbeiter versandt.

Um die Arbeiterschaft auf die vorhandenen Mängel und die Gefahr, welche die gelbe Bewegung für die Arbeiterschaft bedeutet, hinzuweisen, wurden die Versammlungen abgehalten. Entsprechend den Duisburger Verhältnissen waren sie auch durchweg gut besucht. Redner waren die Kollegen Hirtlefer-Essen, Pabberg-Essen, Franzen-Mülheim und Kraus-Duisburg. In allen Versammlungen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Versammlung nimmt mit Bedauern davon Kenntnis, daß sich die Lage der Duisburger Metallarbeiter nicht entsprechend der günstigen Wirtschaftslage gebessert hat. Wohl weist die Sektion Oberhausen der Rhein-Westf. Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft für das Jahr 1911 eine Lohnerhöhung auf. Da dieselbe jedoch hauptsächlich durch vermehrte Arbeitsleistungen erzielt wurde, muß sie als ungenügend bezeichnet werden.“

Eine Neuregelung der Arbeitszeit ist unbedingt notwendig. Im Kleinverbe und der Mittelindustrie beträgt die tägliche Arbeitszeit 10 bis 11 Stunden, in den Feuerbetrieben der Großindustrie 12 Stunden. Beispiellos ziehen die Unternehmer die Arbeiter zu Ueberstunden heran. In der letzten Zeit versuchen sogar einzelne Firmen, die Arbeitszeit zu verlängern. Die Nordwestliche Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller will die Maschinenfabrik Augsburg-Mürnberg, die eine Zweigfabrik in Duisburg eröffnet wird, veranlassen, in der Duisburger Fabrik eine längere Arbeitszeit als die in Nürnberg übliche, einzuführen. Solchen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen muß der schärfste Widerstand entgegengesetzt werden. Nachdem in vielen Bezirken Deutschlands in der Metallindustrie eine erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit ohne Schädigung der Industrie durchgeführt wurde, können auf die Dauer die Duisburger Metallindustriellen nicht eine längere Arbeitszeit, wie sie anderwärts üblich, beibehalten. Die Versammlung fordert die Metallarbeiter auf, in eine entschiedene Agitation zur Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten.

Mit verstärktem Eifer propagieren die Unternehmer in letzter Zeit die gelben Werkvereine. Da die Werkvereine willenlose Werkzeuge in den Händen der Unternehmer sind und die Arbeiterschaft im einseitigen Arbeitgeberinteresse wehrlos machen sollen, um so den wirtschaftlichen Aufstieg der Arbeiter zu hindern, lehnt die Versammlung jede Gemeinschaft mit den Gelben ab. Auch sind diese eine ernste Gefahr für die konfessionellen Arbeitervereine. Die versammelten Arbeiter würden es freudig begrüßen, wenn neben der Tagespreise auch die Arbeitervereine eine umfassende Aufklärung über die gelben Werkvereine verbreiten würden.

Die Forderungen der Metallarbeiter können nur mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation durchgeföhrt werden. Da sich der christliche Metallarbeiterverband Deutschlands um die Arbeiterschaft große Verdienste erworben hat, werden die christlich-nationalen Metallarbeiter aufgefordert, dem christlichen Metallarbeiterverband beizutreten. Die Versammlung verpflichtet sich, mit allem Nachdruck für die Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes zu sorgen.“

Die Versammlungen brachten uns eine bedeutende Zahl Renaufnahmen. Die Begeisterung und Arbeitsfreude unserer Kollegen wurde neu belebt. Auf der ganzen Linie ist Fortschritt zu verzeichnen. Diese günstige Entwicklung muß anhalten, wenn die Duisburger Metallarbeiterschaft die günstige Konjunktur zur Besserung ihres Arbeitsverhältnisses ausnützen

will. Gewaltig ist unser Ausbreitungsgebiet. Mehr als dreihunderttausend Metallarbeiter sind noch unorganisiert. An die Kollegen, die das ganze Jahr nur wenig oder gar nichts für die Organisation tun, ergeht an dieser Stelle die Bitte, in dieser Beziehung das Versäumte nachzuholen, damit das Tempo unseres Vordringens beschleunigt wird.

Gelsenkirchen. (Drahtzieher.) Ein Betriebsführer der Firma Boecker & Co. hier selbst sucht durch verlockende Versprechungen Drahtzieher von auswärts nach Gelsenkirchen. Nach den Anpreisungen des Herrn sollen die betreffenden Leute hier im Nord 8 bis 12 Mark pro Tag verdienen und die Unzugskosten erstet erhalten.

Nach den Angaben verschiedener Kollegen, die auf diese Offerten hin hier Arbeit angenommen haben, wird jedoch tatsächlich in diesem Betriebe im Nord bei angestrengter Arbeit nicht mehr wie 6 bis 7 Mark täglich verdient. Nur vereinzelt kann mit Hilfe eines Lehrlingen etwas mehr herausgeholt werden. Es handelt sich dann aber um sehr schwere Arbeit im Stahl- und Grobzeug. Im Fein- und Maschinenzug liegen die Verhältnisse so, daß hier monatliche Löhne von nur 130-140 Mk. mit Lehrlingen verdient werden. Kein Wunder also, wenn Mangel an Drahtziehern herrscht. Uebrigens zählt die Firma von den versprochenen Unzugskosten erst im 1., 2., resp. 3. Jahre der Beschäftigung je ein Drittel, um so die Arbeiter möglichst lange an den Betrieb zu fesseln. Um sich vor Schaden zu schützen, mögen sich die Kollegen vor Annahme von Arbeit in Gelsenkirchen an unser dortiges Verbandsbüro - Vereinsstraße 59 - wenden.

Hagen-Schwelm. Unter Bezugnahme auf die „Erwiderung“ des Arbeitgebervereins für die Kreise Hagen-Schwelm (siehe Nr. 35 des Verbandsorgans) wandten sich die Arbeiterorganisationen mit folgendem Schreiben an die Arbeitgeber: „Hagen, den 22. August 1912. Arbeitgeberverein der Kreise Hagen-Schwelm Hagen i. W., Kaiserstr.

In Bezugnahme auf die Erklärung des Arbeitgebervereins in der Hagerer Zeitung vom 20. Aug. 1912, gestatten sich unterzeichnete Organisationen, Ihnen folgendes zu unterbreiten:

Da Sie in Ihrer Erwiderung angeben, die in dem Flugblatt „Die Wahrheit über den Zwangsarbeitsnachweis“ angeführten Beschwerden der Arbeiter über die Handhabung desselben seien Ihnen nicht bekannt, erklären wir uns bereit, in Gegenwart der beteiligten Arbeiter das Beweismaterial für die angeführten Tatsachen zu unterbreiten; um auf diesem Wege die Beilegung der Differenzen in die Wege zu leiten. Da die Organisationsvertreter am kommenden Mittwoch eine Zusammenkunft haben, bitten wir Sie, uns bis dahin einen Entscheid zukommen zu lassen.“

Daraufhin hat der Arbeitgeberverein unterm 27. August wie folgt geantwortet: „An den Christlichen Metallarbeiterverband z. Hd. des Herrn Wilh. Mief Hagen i. W.

Antwortlich des Schreibens der Gewerkschaften vom 22. ds. Mts. teilen wir Ihnen folgenden Beschluß des Vorstandes mit: Wir sind in den im Flugblatt genannten 15 Fällen ausnahmsweise bereit, noch nachträglich die Untersuchung erlauben zu lassen, wenn die betroffenen Arbeiter einzeln ihre Beschwerden in begründeter und ausführlicher Weise, bis spätestens Montag, den 2. September einlaufend, bei der „Beschwerdekommission des Arbeitgebervereins, Hagen, Kaiserstr. 27“ einreichen. Die Beschwerden werden abhän von der Beschwerdekommission unter dem Vorsitz des hierzu vom Herrn Regierungspräsidenten ernannten unparteiischen Vorsitzenden untersucht werden, mit dem wir uns zur Festsetzung des Termins insofern in Verbindung setzen werden. In diesen Verhandlungen wollen wir alsbald ausnahmsweise die einzelnen Vertreter der jeweiligen Gewerkschaft hinzuziehen, welcher der sich beschwerende Arbeiter angehört. Wir erlauben deshalb die betreffenden Arbeiter veranlassen zu wollen, bei der Einreichung der Beschwerde mitzutreten, welcher Gewerkschaft sie angehören. Nach Festsetzung des Termins werden die Einladungen rechtzeitig ergehen.“

Die Arbeiterorganisationen haben den Vorschlag des Arbeitgebervereins akzeptiert, und es darf wohl erwartet werden, daß es zur Beilegung der Differenzen kommt, vorausgesetzt, daß der Arbeitgeberverein den ernstlichen Willen zeigt, dafür zu sorgen, daß die Handhabung des Arbeitsnachweises in Zukunft einwandfrei erfolgt.

Soziales

Der Verband westdeutscher Konsumvereine

hielt am 18. und 19. August in Essen seinen fünften ordentlichen Genossenschaftstag ab. Mehrere hundert Delegierte hatten sich eingefunden. Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften und das Ortskriterium Essen waren durch den Kollegen Klost vertreten. Von Abgeordneten waren anwesend Böger, Drast, Chejant, Giesberts und Klocke. Nach dem vom Vorsitzenden B. Schlad erhaltener Geschäftsbericht ist die Zahl der angeschlossenen Vereine im Jahre 1911 von 78 auf 101, die Mitgliederzahl von 52 715 auf 76 002, und der Umsatz von 16 875 415 M. auf 27 103 876 M. gestiegen. Der erzielte Ueberschuß betrug im Jahre 1910 1 305 241,72 M. und im Jahre 1911 2 099 104,01 M. In Deutschland werde keine Frage konsumgenossenschaftlicher Art erledigt, ohne daß die Meinung und Ansicht des Verbandes westdeutscher Konsumvereine gehört und mit ausschlaggebend in die Waagschale falle. Die neutralen Konsumvereine Deutschlands müßten den Boden gemeinsamen Handelns finden. Und was in Westdeutschland mit so großem Erfolge möglich gewesen, sollte in Nord, Ost und Süd nicht unmöglich sein. Die Revisionenverbände der neutralen Konsumvereine in den anderen Gegenden Deutschlands sollten, unabhängig ihrer Verbandszugehörigkeit, es wenigstens nicht ablehnen, mit dem Verbande westdeutscher Konsumvereine eine Basis zu schaffen, auf der eine Verständigung über gemeinsame Schritte zur Vertretung konsumgenossenschaftlicher Interessen möglich sei.

Kollege Giesberts führte u. a. aus: „Angeichts der Teuerung laute die Hauptfrage: Wie versorgen wir Deutschland dauernd mit billigen und guten Lebensmitteln? In dieser Frage sollte man nicht bloß reden, sondern die Regierung sollte eine Instanz einsetzen, welche die Ursachen der Teuerung erforscht und sich darüber klar wird, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um dauernd Abhilfe zu schaffen. Wenn die natürlichen Produktionsverhältnisse in Deutschland herart seien, daß das Fleisch so teuer werde, daß eine Arbeiterfamilie sich das nötige Quantum nicht mehr leisten könne, so sei es dringend notwendig, daß für eine stärkere Fleischzufuhr gesorgt werde, und wenn das Fleisch aus dem Auslande kommen müßte. Bezüglich der Stellung der Arbeiterabgeordneten zur Frage der Besteuerung der Konsumvereine betonte der Redner, es werde sich wohl darum handeln, wie man aus der Sache ein kleineres Uebel machen könne. Und bei der Behandlung dieser Frage würden sie stets mit den Führern der Konsumvereinsbewegung in Verbindung bleiben, um das in Aussicht stehende steuerliche Ausnahmegesetz soviel wie eben möglich zu mildern.“

Den Jahresbericht, aus dem wir das Wesentlichste schon in Nr. 30 mitteilten, erstattete Verbandssekretär E. Braun. Er betonte besonders die Notwendigkeit eines engeren Zusammenrückens wenigstens der neutralen Konsumgenossenschaftsbewegung, weil gerade im verflochtenen Jahre die enge Allianz zwischen dem Zentralverband deutscher Konsumvereine und der politischen Sozialdemokratie besonders scharf zutage getreten sei. Vor allem war es die Stellungnahme des Zentralverbandes während der Reichstagswahlen, die augenscheinlich eine Begünstigung der Sozialdemokratie bedeutete, und den im Zentralverbande organisierten und den nicht organisierten neutralen Konsumvereinen über den wahren Charakter dieses Zentralverbandes die Augen öffnete.

Ueber die Stellung der wirtschaftlichen und politischen Faktoren referierte Geschäftsführer A. Wiffels vom Konsumverein Wohlfahrt-Mttenessen. Wie er u. a. ausführte, bestehen in Preußen 14 000 Genossenschaften der Handwerker, Kaufleute und Landwirte, die im Jahre 1910 einen Umsatz von über 400 Millionen Mark erzielten. An Steuern zahlten die Genossenschaften weder an den Staat, noch an die Kommunen einen Pfennig. Dagegen haben die 1500 Konsumvereine der unermittelten Volksschichten, die nur 140 Millionen Mark Umsatz erzielten, im Jahre 1910 rund 800 000 M. an Steuern bezahlen müssen. Redner beleuchtete dann die Stellungnahme der Handwerks- und Handelskammer, der Angestellten- und Arbeiterorganisationen sowie der Regierung und der bürgerlichen Parteien zur Frage der Konsumgenossenschaften. Er führte zu dieser Frage aus: Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten, die die Konsumgenossenschaftsfrage den bürgerlichen Politikern macht, müssen aber verlangen, daß man uns nach dem Grundsatz „gleiches Recht für alle“ behandelt. Redner empfahl den Genossenschaftlern dringend, in den bürgerlichen Parteioptionen Klärung über die Konsumvereinsbewegung zu beschreiben. Zur Frage der Sonderbesteuerung der Konsumvereine hatte man schon im Anschluß an den Jahresbericht folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der fünfte Genossenschaftstag des Verbandes westdeutscher Konsumvereine betont in Verfolg seiner früheren Beschlüsse nochmals, daß er ganz entschieden die Besteuerung der selbstgelegten Rabatte der Konsumvereine als eine Ausnahmebesteuerung und einseitige Belastung der großen Masse des Volkes ablehnt. Der Genossenschaftstag beauftragt den Verbandsvorstand, Schritte, welche sich aus der jetzigen Situation als notwendig ergeben, zu tun, um eine solche Gesetzesmaßnahme hintanzuführen.“

Im zweiten Verhandlungstage hielt Verbandsdirektor P. Schlad einen Vortrag über großkapitalistischen und genossenschaftlichen Warenhandel und Produktion. Verbandssekretär Braun hob in der anschließenden Erörterung als Hauptaufgabe des Verbandes hervor: dem Großkapital im Privathandel die Stirne zu bieten. Der Verband müsse keineswegs seine Aufgabe darin, den kleinen Händler zu vernichten, Hauptaufgabe sei vielmehr, die warenverwertende Herrschaft des Großkapitalismus zu brechen. Bei Erledigung der notwendigen Wahlen wurde der Verbandsvorsitzende Herr F. Schlad der Affirmation wiedergewählt. An Stelle des ausscheidenden Ausschußmitgliedes Herrn Bock (Wülfel) wurde Herr Walot (Köhlheid) gewählt. Die Verbandsrechnung wurde genehmigt und dem Vorstand Entlastung erteilt. Bei einer Einnahme aus Verbandsbeiträgen, Abonnements, Inzeraten usw. von insgesamt 16 091,22 M. und einer Ausgabe von insgesamt 14 228,90 M. unter Verächtdichtigung des Vermögensbestandes vom 1. Januar 1911 ergab sich am Schlusse des Jahres ein Vermögensstand von 8830,12 Mark.

Aus der Reichsverfömerung.

Der Artikel 9 des Einführungsgesetzes zur R.-V.-D., welcher ohne Zweifel in nächster Zukunft bei vielen Versicherungsämtern zur Anwendung kommt, sei wegen seiner Wichtigkeit hier einer kurzen Besprechung unterzogen. Er lautet:

Auf Antrag beteiligter Krankenkassen kann das Versicherungsamt anordnen, daß zu seinen Beschlüssen über Herstellung und Venderung der äußeren und inneren Verfassung der Krankenkassen besondere Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten in gleicher Zahl gewählt werden. Die Wahl richtet sich nach den §§ 61 bis 63 R.-V.-G. Jedoch kann das Versicherungsamt die Wahl der Vertreter nach dem Bedürfnis festsetzen; dabei sind nur die Orts-, Betriebs-, Bau- und Innungskrankenkassen und die Gemeindefrankenkassen wahlberechtigt. Der Gemeindeverband (§§ 526, 527 R.-V.-G.) bestellt einen oder mehrere Vertreter, um die Rechte der Gruben wahrzunehmen, welche die R.-V.-D. neu in die Krankenversicherung einbezieht. — Die oberste Verwaltungsbehörde kann hierüber näheres anordnen.

Es dürfte für unsere Kollegen, die als Vorstandsmitglieder in den Krankenkassen wirken, durchaus zu empfehlen sein, diesbezügliche Anträge an die Versicherungsämter zu stellen. Dieses muß vor allen Dingen dann geschehen, wenn am Versicherungsamt (untere Verwaltungsbehörde) nur wenige Sachverständige in Krankenkassenfragen sitzen. Die Wichtigkeit der Einwirkung von sachverständigen Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeber erhält schon allein die Tatsache, daß von der Stellungnahme des R. V. und seinen Ausschüssen die fernere Gestaltung des Krankenkassenwesens in den einzelnen Versicherungsbezirken im Wesentlichen abhängt. Die Vorstände der oben bezeichneten Krankenkassen

müssen sich an den einzelnen Orten rechtzeitig über eine Liste sachverständiger Kollegen aus dem Arbeiterstande einigen, damit die Krankenkassen in den einzelnen Bezirken so zusammengelegt und nach innen und außen ausgebaut werden, wie es den Interessen der Versicherten am besten entspricht.

Briefkasten.

Nach Saarbrücken, Paktowik, Ameru und Wissen. Berichte folgen in nächster Nummer.

Sterbetafel.

†
Dalken. Am 14. August starb unser Kollege Jakob Jansen im Alter von 76 Jahren infolge Altersschwäche.
Essen-Duhr. Am 21. August starb unser Kollege Wilhelm Maas im Alter von 25 Jahren infolge Herzschlag.
Serborsfelbad. Am 15. August starb unser treuer Kollege und Mitbegründer unserer Zahlstelle Wilhelm Widel, Schlosser, im Alter von 43 Jahren an Lungenleiden.
Schalkmühle. Am 26. August starb der Mitgründer unserer Zahlstelle, unser treuer Kollege Wilh. Kemper im Alter von 27 Jahren an einem Lungenleiden.
Heideberg. Am 27. August starb plötzlich unser treuer Kollege Max Weinhard im Alter von 19 Jahren infolge eines Unfalles.
München. Am 29. August starb unser treuer Kollege Bartholomäus Knoll im Alter von 58 Jahren an Magenkrebs.

Chreihrem Andenken!

Veranstaltungskalender.

- Samstag, den 7. September.**
Berlin-Moabit. Bei Waberst, Gohlfeldstraße 30.
Boelck-Kabel. Abends punkt 8.30 Uhr wichtige Versammlung bei J. Schümann.
Bremen. Abends 8.45 Uhr im Colosseum, Dillstr. 1.
Duisburg-Aleingewerbe. Abends 8.30 Uhr bei Gantenkramp, Ecke Friedrich-Wilhelm- und Wallstraße.
Durlach. Abends 8.30 Uhr im „Rahnhof“.
Düsseldorf-Derechort. Abends 9 Uhr bei Quackling, Ecke Münster- und Arndtstraße.
Gienach. Abends 8.30 Uhr im „Weimarischen Hof“.
Giesfeld. Abends 8.30 Uhr bei Hedenrath, Krogbahn.
Greiburg i. Br. Abends 8.30 Uhr im Ganterbüch, Schiffstr. 7.
Greiburg. Abends 8.15 Uhr bei Schäfer, Ref. Arbeiterstr. 115.
Hamburg. Abends 9 Uhr bei Schröder, Tastr. 97.
Lüdenscheid. Abends punkt 8.30 Uhr wichtige Versammlung bei G. Diener.
Münsterberg. Abends 8 Uhr im Gefellenhofstr.
Nelbe. Abends 8.30 Uhr bei Sommer.
Nordfisch. Vert. mit Vortrag.
Steele-Kray. Abends 8.30 Uhr bei Freitag, Grenzstraße.
Stettin. Abends 9 Uhr außerordentliche, sehr wichtige Versammlung. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen.
Stuttgart. Abends 8.30 Uhr im „Wilmischen König“.
Wetterhauer. Abends punkt 8.30 Uhr bei Witzschborn. Wichtige Tagesordnung.

- Sonntag, den 8. September.**
Call (Giel). Vorm. 10.30 Uhr bei Gier Vorstands- u. Vertm. Sitzung.
Dortmund-Narop. Nachm. 4 Uhr bei W. Schüttler.
Dortmund-Narop. Nachm. 5 Uhr bei Fellenberg.
Düren. Vorm. 10.30 Uhr bei Gaden in Leubersdorf.
Düsseldorf-Eller. Vorm. 11 Uhr bei Gaalet, Gumbertstr. 120.
Düsseldorf-Untereath. Vorm. 11 Uhr bei Kenyer, Kirtenstr. 144.
Düsseldorf-Verdt. Vorm. 11 Uhr bei Böffen, Kreislerstraße.
Düsseldorf-Oberkassel. Vorm. 11 Uhr bei Köffen, Regalle 50.
Essen-Verden. Morgens 11 Uhr bei Schulz, Beckstraße.
Essen-Altendort. Morgens 11 Uhr bei Blum, Altendortstraße.
Essen-Mittendort. Morgens 11 Uhr bei Wollney, Mittendortstraße.
Karlruhe. Vormittags 10 Uhr Vorstands- u. Vertm. Sitzung im Palmgarten.
Karlruhe-Darlganden. Nachm. 8.30 Uhr im Gasthaus z. Hirschen.
Weidenh. Morgens 11 Uhr im Lokale Siebeler.
Ober-Narop. Morgens 11 Uhr im Jägerhof, Ecke Jäger- und Wiltmerhauserstraße.
Ober-Narop (Nld.). Vorm. 11 Uhr Versammlung.
Sonshofen. Nachm. 2.30 Uhr Monatsversammlung.
Strandling. Vorm. 10.30 Uhr im „Münchner Hof“.
Süß. Morgens 11 Uhr im Lokale Ocker.
Unterföcher. Nachm. 3 Uhr im Lokale „Stroh“.
Wetter. Morgens punkt 11 Uhr im evangel. Vereinshaus. Wichtige Tagesordnung.

- Montag, den 9. September.**
Düsseldorf-Grevenbroich. Abends gleich nach Feierabend bei Bienefeld.
Dortmund-Görn. Abends 8.30 Uhr bei Drees, Kaiserstr.
Duisburg. Abends 8.30 Uhr bei C. Nabe, Marienstr. 1.

- Freitag, den 13. September.**
Gelsenkirchen-Bulmit. Abends 8 Uhr bei Weichbe.

- Samstag, den 14. September.**
Berlin-Norden. Abends 8.30 Uhr bei Thiede, Hufstienstraße 4-5.
Duisburg. Abends 8.30 Uhr bei Brami, Schützenstraße.
Dortmund-Methmar. Abends 8 Uhr bei W. Hoff.
Dortmund-Linden. Abends 8 Uhr bei Wollmann.
Düsseldorf-Hilden. Abends 9 Uhr bei Reuchterberg, Kaiser-Wilhelmstr.
Düsseldorf-Goltshausen. Abends 9 Uhr bei Blum, Düsseldorfstr.
Düsseldorf-Verden. Abends 9 Uhr bei Reufen, Burdigerstraße.
Karlruhe. Abends 8.30 Uhr mit Vortrag im Palmgarten.
Köln-Grenzf. Abends 9 Uhr bei Nordhöfer, Kplerstraße.
Köln-Grenzf.-Kolonia. Abends 9 Uhr bei Huth, Wallstraße.
Köln-Kalf. Abends 9 Uhr bei Gönigshöfer, Bremerstraße 14.
Köln-Indental. Abends 9 Uhr bei Siedeler, Bademerstraße 120.
München. Abends 8 Uhr im Lokale „Leopoldstadt“, Senefelderstr. 11.
Münsterberg-Margfeld-Wald. Abends 8 Uhr, Restauration „Zu den drei Linden“, Neuhöfer Straße 1.
Stuttgart-Buffenhäuser. Abends 8.30 Uhr in der „Traube“.
Süß. Abends 8.30 Uhr bei Wme. Lange.
Wobnifel. Abends 8.30 Uhr bei Schmidt, Kaiserstraße 178.

- Sonntag, den 15. September.**
Düsseldorf-Grath. Vormittags 11 Uhr bei Schlichting, Str. 44.
Düsseldorf-Gluacern. Vormittags 11 Uhr bei Schmalbach, Birkstr. 45.
Düsseldorf-Geresheim. Vormittags 11 Uhr bei Steinmann, Grülingertstraße.
Haan. Vormittags 11 Uhr bei Strahminkel. Referent: Herr Str. theol. W. Rüdke.
Köln-Voll. Vormittags 11 Uhr bei Georg Föhbender, Hauptstraße.
Münsterberg-Goltshausen. Vormittags 10.30 Uhr im Vereinshaus, Baumgärtnerstraße 18.
Troisdorf. Vormittags 10.30 Uhr bei Kürten in Troisdorf.

3-4 tältige Sandformer für: Grauguß sofort ge-
verbandsbüro Bremen, Schönfelderstraße 101. für dauernde Arbeit baldigst gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften erbitte!
Carl Reih, Jena.

Tüchtige Feinmechaniker, Armaturdreher
für Revober- für dauernde Arbeit baldigst gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften erbitte!
Carl Reih, Jena.